

juQuest

Trends zur Jugendwohlfahrt

Ergebnisse der fünften ExpertInnenbefragung
durchgeführt im Juli 2006

zusammengestellt von Dr. Hermann Putzhuber

SOS-Kinderdorf/Fachbereich Pädagogik/Sozialpädagogisches Institut
Innsbruck, Februar 2007

Inhalt

Einleitung.....	2
1. Methodische Vorbemerkungen	4
1.1. Der Fragebogen	4
1.2. Die TeilnehmerInnen.....	4
2. Ergebnisse	7
2.1. Veränderung von Organisationsstrukturen.....	7
2.1.1. Das Spektrum an Organisationsveränderungen ist sehr breit.....	10
2.1.2. Auch Kommunikations- und Kooperationsstrukturen verändern sich	11
2.1.3. Die Frage der Finanzierung bleibt ein Dauerbrenner	11
2.1.4. Eine erste Bewertung der Veränderungen der Organisationsstrukturen.....	12
2.1.5 Das Verhältnis von öffentlichen zu freien Trägern	14
2.2. Veränderungen in der Aufgaben- bzw. Angebotsstruktur	16
2.2.1. Trends bei Aufgaben und Angeboten	17
2.2.2. Ein Schwerpunkt von Veränderungen liegt bei den Angeboten für Jugendliche	18
2.2.3. Schulprobleme und Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben werden dominante Themen	19
2.2.4. „Elternarbeit“ ist (wieder) ein Thema	19
2.2.5. Einschränkungen sind in der Regel finanziell motiviert.....	19
2.2.6. Die Geschwindigkeit der Veränderungen nimmt zu	20
2.2.7. Neue Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen entstehen	20
2.3. Veränderungen bei der Zusammensetzung der KlientInnen der Jugendwohlfahrt.....	22
2.3.1. Die KlientInnen werden jünger	23
2.3.2. Der Anteil von KlientInnen mit Migrationshintergrund steigt.....	24
2.3.3. Gewalt, Aggression und psychische Beeinträchtigungen sind zentrale neue Herausforderungen	24
2.3.4. Ältere Jugendliche fallen aus dem Betreuungsrahmen	25
2.3.5. Die Jugendwohlfahrt erreicht die Mittelschicht	25
2.3.6. Wirtschaftliche Notlagen nehmen zu	25
2.3.7. Die Herausforderungen für die Fachkräfte in der Jugendwohlfahrt steigen	25
2.4. Veränderungen bei den Fachkräften in der Jugendwohlfahrt.....	27
2.4.1. Das Ausbildungsniveau steigt	28
2.4.2. Die Arbeitsverhältnisse werden klarer, standardisierter und tendenziell prekärer	29
2.4.3. Betreuungsarbeit wird (wieder) weiblicher	30
2.4.4. Die Altersstruktur wird möglicherweise homogener.....	30
2.5. Neun Bundesländer – neun Jugendwohlfahrtsgesetze: Ein- schätzungen zur föderalistischen Struktur der Jugendwohlfahrt in Österreich	31
2.6. Die Verwaltungsstrukturen passen, so lange es nicht um Macht und Geld geht	33
3. Schlussfolgerungen.....	35
Anhang: Das Projekt JU-Quest	38

Einleitung

„Die österreichische Jugendwohlfahrt ist aufgrund verschiedenster gesellschaftlicher Entwicklungen mit einer Reihe an Herausforderungen konfrontiert. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen sind strukturelle Veränderungen nötig.“ Diese beiden Thesen fanden in früheren JU-Quest-Befragungen eine hohe Zustimmung. Die im Sommer 2006 durchgeführte fünfte Online-Befragung versuchte vor diesem Hintergrund das Thema struktureller Veränderungen noch einmal etwas differenzierter aufzugreifen. Mit Blick auf die letzten fünf Jahre (als überschaubarer Rahmen) wurde nach Veränderungen bei Organisationsstrukturen und Aufgaben bzw. Angeboten sowie nach Veränderungen in der Zusammensetzung der KlientInnengruppen und der MitarbeiterInnen gefragt. Darüber hinaus wurden in zwei offenen Fragen die Erfahrungen der TeilnehmerInnen mit der föderalistischen Struktur der Jugendwohlfahrt in Österreich und mit der Verwaltungsstruktur des jeweiligen Bundeslandes angesprochen.

Nimmt man die bisherigen Befragungen, so ist einerseits von einer Vielzahl an neuen Herausforderungen die Rede, die mit gesellschaftlichen Veränderungen, mit veränderten Sozialisationsbedingungen, mit demographischen Entwicklungen etc. einhergehen. Auf der anderen Seite steht als zentrales Ergebnis der JU-Quest-ExpertInnenbefragung 2005 der Eindruck, dass der finanzielle Rahmen für die österreichische Jugendwohlfahrt trotz nominell steigender Budgets enger wird. Einschränkungen sind in fast allen Bereichen spürbar, auch wenn es regionale Unterschiede gibt und verschiedene Träger oder Angebote unterschiedlich betroffen sind.

In der Wahrnehmung der meisten Befragten hat sich in Bezug auf die Angebote in den letzten Jahren sehr viel getan, auch wenn noch einiges an Entwicklungsbedarf offen ist. Unter dem Eindruck eines enger werdenden finanziellen Rahmens scheint aber jetzt eher das Gefühl vorzuherrschen, dass diese Entwicklung ins Stocken geraten ist. „Es ist keine Zeit des Aufbruchs ...“, so formulierte es ein/e TeilnehmerIn der Befragung 2005. Diese Einschätzung eignet sich gut, um die in den Antworten häufig zum Ausdruck kommende Stimmung zu kennzeichnen.

Im Blick auf die Zukunft dominierte bei den bisherigen Befragungen der Hinweis auf „Vernetzung“ als zentrale Herausforderung und Notwendigkeit. Daneben wird auf die Notwendigkeit von mehr Flexibilität in allen Bereichen verwiesen. Mehr offene inhaltliche Auseinandersetzung und ein Überdenken bisheriger Konzepte, Arbeitsansätze und Qualitätssicherungsmaßnahmen wurden gefordert. Auffällig war, dass häufig davon gesprochen wurde, zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen werde wohl „viel Engagement“ nötig sein.

Auch wenn die aktuelle Situation sehr kritisch betrachtet wird und der Blick in die Zukunft allenfalls vereinzelt vorsichtig optimistisch ausfällt, dominiert über weite Strecken der Eindruck, dass mehr oder weniger alle Beteiligten mit viel Pragmatismus versuchen, mit der derzeitigen schwierigen Situation umzugehen, das Beste daraus zu machen und Wege der Weiterarbeit zu finden.

Die aktuelle Befragung verdeutlicht noch einmal die Vielzahl an Veränderungen in den letzten Jahren und zeigt eine Fülle an strukturell relevanten Veränderungen. Organisationsentwicklungsprozesse unterschiedlichster Reichweite, Veränderungen in der Angebotsstruktur, Veränderungen beim Klientel und letztendlich auch bei den Fachkräften illustrieren einerseits die Dynamik der Entwicklungen. Ande-

rerseits wird aus den Antworten aber auch deutlich, dass eine Reihe von Fragen im Raum steht.

Das Verhältnis von öffentlichen zu den freien Trägern verändert sich und innerbetrieblich deutet sich möglicherweise eine Veränderung der Managementkultur an. KlientInnen mit einem Migrationshintergrund bringen neue Herausforderungen. Eine häufig formulierte Zunahme an KlientInnen mit einem psychiatrischen Hintergrund erscheint erklärungsbedürftig und die Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte scheinen tendenziell prekärer zu werden.

Diese und andere Themen geben Anlass für Auseinandersetzung und Diskussion und zeigen in Bezug auf verschiedene Entwicklungen einen Forschungsbedarf an.

1. Methodische Vorbemerkungen

1.1. Der Fragebogen

Strukturelle Aspekte waren das Leitthema für die Befragung 2006. In der Vorbereitung der Befragung wurde schnell deutlich, dass der Begriff „strukturell“ sehr unterschiedlich verstanden werden kann und der Bogen an Aspekten und Themen, die darunter gefasst werden können, sehr breit ist. So war einerseits eine Auswahl der Themen nötig. Der Fragebogen zur Befragung 2006 fokussierte daher auf Veränderungen in der Organisationsstruktur, auf Veränderungen bei den Aufgaben und Angeboten, auf Veränderungen in der Zusammensetzung der KlientInnen und der MitarbeiterInnen in der Jugendwohlfahrt. Daneben sollte die immer wieder diskutierte föderalistische Struktur der Jugendwohlfahrt in Österreich sowie die Integration der Jugendwohlfahrt in die Verwaltungsstruktur der verschiedenen Bundesländer angesprochen werden. Zum anderen sollten relevante Perspektivenunterschiede zwischen öffentlichen und freien Jugendwohlfahrtsträgern berücksichtigt werden und die aus der breiten Streuung der TeilnehmerInnen resultierenden unterschiedlichen Bezugspunkte und Erfahrungshintergründe sichtbar werden. So wurden z.B. die Fragen nach Veränderungen in der Organisationsstruktur und bei den Aufgaben bzw. Angeboten gesplittet und die TeilnehmerInnen wurden immer gebeten, wahrgenommene Veränderungen auch zu beschreiben.

Daraus ergab sich – je nachdem, wie viele Veränderungen die TeilnehmerInnen angaben – ein recht umfangreicher und anspruchsvoller Fragebogen. Es sei an dieser Stelle auch noch einmal nachdrücklich den TeilnehmerInnen gedankt, dass sie bereit waren, so viel Zeit und Energie für die Beantwortung zu investieren.

Um den TeilnehmerInnen ein bequemes Ausfüllen des Online-Fragebogens zu ermöglichen, wurde er so gestaltet, dass eine Unterbrechung der Befragung und eine spätere Wiederaufnahme möglich waren.

Gleichzeitig wurden Angaben über die Zugehörigkeit zur Jugendwohlfahrt oder zu angrenzenden Arbeitsfeldern sowie zu öffentlichen bzw. freien Trägern auch als Filterparameter benutzt. Manche Fragen wurden nur MitarbeiterInnen freier Träger gestellt, manche nur solchen öffentlicher Träger und diese waren online dann auch nur für die entsprechenden Gruppen einsehbar.

1.2. Die TeilnehmerInnen

Insgesamt wurden 96 ExpertInnen per E-Mail kontaktiert und zur Befragung eingeladen. Davon haben 73 den Link zum Fragebogen geöffnet und zumindest den Einleitungstext gelesen.

Die Möglichkeit, die Beantwortung der Fragen zu unterbrechen und später wieder aufzunehmen, wurde von vielen TeilnehmerInnen genutzt. Diese Vorgangsweise führte allerdings auch dazu, dass die Fragebogen in unterschiedlichem Ausmaß ausgefüllt wurden. Die ersten Fragen wurden noch von 68 TeilnehmerInnen beantwortet, beim zweiten inhaltlichen Fragenblock sank die Antwortrate dann schon auf 53 TeilnehmerInnen. Insgesamt 50 TeilnehmerInnen haben den Fragebogen letztlich zur Gänze beantwortet.

In der Folge wird daher auch immer die konkrete Anzahl der Antworten ausgewiesen. Bei einzelnen Fragen wurde auch untersucht, ob sich Verschiebungen in

den Verhältnissen ergeben, wenn nur die 50 TeilnehmerInnen berücksichtigt werden, die den gesamten Fragebogen beantwortet haben.

Wie bei den bisherigen Befragungen wurden die TeilnehmerInnen gebeten, sich entweder dem unmittelbaren Jugendwohlfahrtsbereich, wie er im Jugendwohlfahrtsgesetz definiert ist, oder aber angrenzenden Bereichen zuzuordnen. Von den 68 TeilnehmerInnen, die diese Frage beantwortet haben, haben 50 (d.s. 73,53%) angegeben, im unmittelbaren Jugendwohlfahrtsbereich tätig zu sein, 18 (d.s. 26,47%) haben sich im Nahbereich angesiedelt. Bei einer ausschließlichen Betrachtung der 50 vollständig ausgefüllten Fragebögen ergibt sich ein Verhältnis von 76% zu 24%.

Insgesamt kann, wie auch bei der letztjährigen Befragung, gesagt werden, dass etwa drei Viertel der Befragten im unmittelbaren Jugendwohlfahrtsbereich arbeiten und cirka ein Viertel in Arbeitsfeldern im Nahbereich der Jugendwohlfahrt.

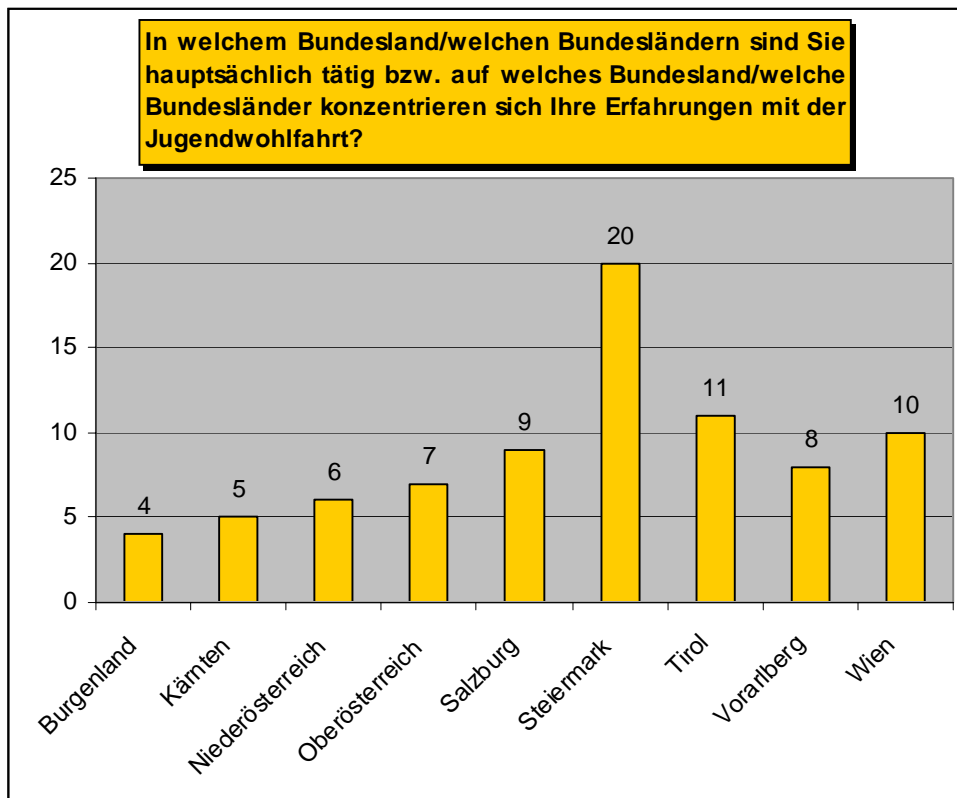
Von denen, die im unmittelbaren Jugendwohlfahrtsbereich tätig sind, haben 24 (d.s. 48%) angegeben, bei einem öffentlichen Träger zu arbeiten, 23 (d.s. 46%) arbeiten bei freien Trägern und 3 (6%) auf selbständiger Basis.

Von den in der unmittelbaren Jugendwohlfahrt tätigen TeilnehmerInnen ordneten sich 29 (d.s. 58%) dem Management zu, 7 (d.s. 14%) sind im organisatorischen Bereich tätig und 14 (d.s. 28%) in der unmittelbaren KlientInnenarbeit. Bezieht man nur die 50 TeilnehmerInnen mit ein, die die Befragung auch abgeschlossen haben, so ergibt sich eine leichte Verschiebung: 55,26 % im Management, 15,79% in organisatorischen Bereich und 28,95 % in der unmittelbaren KlientInnenarbeit.

Die TeilnehmerInnen, die im Nahbereich der Jugendwohlfahrt tätig sind, arbeiten zum größten Teil (83,33%) in Institutionen. Berücksichtigt man nur die erwähnten 50, so erhöht sich dieser Anteil noch auf fast 92% (11 von 12 Befragten). Die übrigen arbeiten auf selbständiger Basis.

Da sich eine genaue Zuordnung zu einem Bundesland in den letzten Befragungen als schwierig erwies, wurde diesmal die Frage so formuliert, dass die TeilnehmerInnen angeben sollten, auf welches Bundesland bzw. welche Bundesländer sich ihre Erfahrungen mit der Jugendwohlfahrt hauptsächlich beziehen. Mehrfachnennungen waren hier ebenso möglich wie die Angabe, die Tätigkeiten bzw. Erfahrungen bezögen sich auf das gesamte Bundesgebiet.

Die Anzahl der Nennungen war entsprechend höher als die Anzahl der Antwortenden.



(n=50)

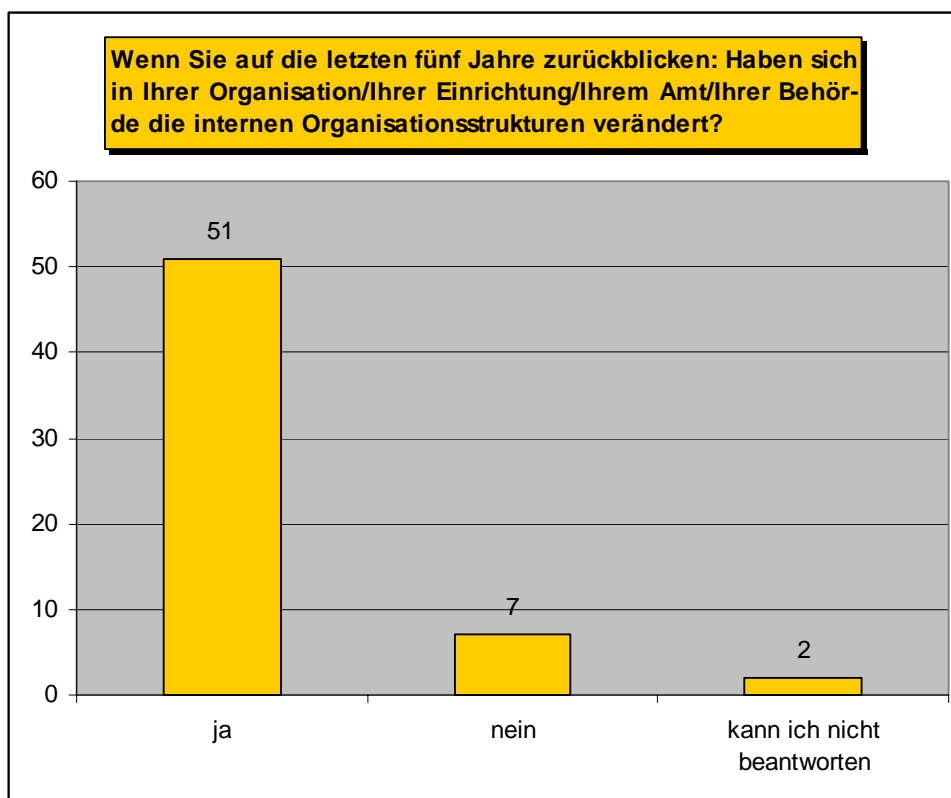
Wiederum deutlich überrepräsentiert erscheint hier die Steiermark mit 20 Nennungen, vor Tirol mit 11 und Wien mit 10. Unterrepräsentiert, aber immerhin vertreten, sind Burgenland (mit 4 Nennungen) und Kärnten (5 Nennungen). Diesem Umstand wurde bei der Auswertung insofern Rechnung getragen, dass die jeweiligen Verteilungen und Antworten daraufhin überprüft wurden, ob sich hier spezifisch steiermärkische Themen abzeichnen bzw. ob die einzelnen Bundesländer vertreten oder nicht vertreten sind.

2. Ergebnisse

2.1. Veränderung von Organisationsstrukturen

Der erste inhaltliche Fragenkomplex fokussierte auf Veränderungen der internen Organisationsstrukturen. Im Hintergrund stand der Eindruck, dass viele Jugendwohlfahrtsbehörden und –einrichtungen in den letzten Jahren zum Teil massiven Veränderungen unterworfen waren oder es immer noch sind. Auch in der Steuerungsgruppe ließ sich feststellen, dass fast alle Mitglieder neben der inhaltlich-fachlichen Arbeit in hohem Maße auch mit Umstrukturierungen der Organisation beschäftigt waren. Dieser Eindruck sollte anhand von zwei Fragen überprüft werden. In der ersten Frage, die sich an alle TeilnehmerInnen richtete, wurde nach Veränderungen der jeweiligen internen Organisationsstrukturen gefragt. Die zweite Frage in diesem Kontext richtete sich an alle TeilnehmerInnen, die sich nicht einem öffentlichen Träger zugeordnet hatten und fragte nach ihrer Einschätzung von Veränderungen der Organisationsstrukturen der öffentlichen Jugendwohlfahrt. Ziel dieser zweiten Frage war es, sozusagen aus einer Außenperspektive eine Einschätzung der Veränderungen der öffentlichen Jugendwohlfahrt zu erhalten, die auch mit den Antworten von MitarbeiterInnen öffentlicher Träger auf die erste Frage – also der Innensicht – verglichen werden kann.

Als erstes Bild zeichnet sich ab, dass die letzten 5 Jahre für viele mit der Erfahrung von Veränderungen der internen Organisationsstrukturen gekennzeichnet waren:



(n=60)

Von den 60 TeilnehmerInnen, die diese Frage beantwortet haben, haben 51 (d.s. 85%) mit „ja“ geantwortet. Keine Organisationsveränderungen wurden von sieben TeilnehmerInnen (d.s. 11,67%) angegeben. Ein Vergleich der Antwortenden macht deutlich, dass es sich bei diesen Umstrukturierungen nicht um ein spezifisches Phänomen der Jugendwohlfahrt handelt. Veränderungen von Organisationsstrukturen wurden im selben Maße sowohl von Menschen die im unmittelbaren Jugendwohlfahrtsbereich tätig sind, als auch von TeilnehmerInnen, die sich dem Nahbereich zugeordnet haben, festgestellt. Auch in Bezug auf die Zugehörigkeit zu öffentlichen oder freien Trägern bleibt das Verhältnis in etwa gleich.

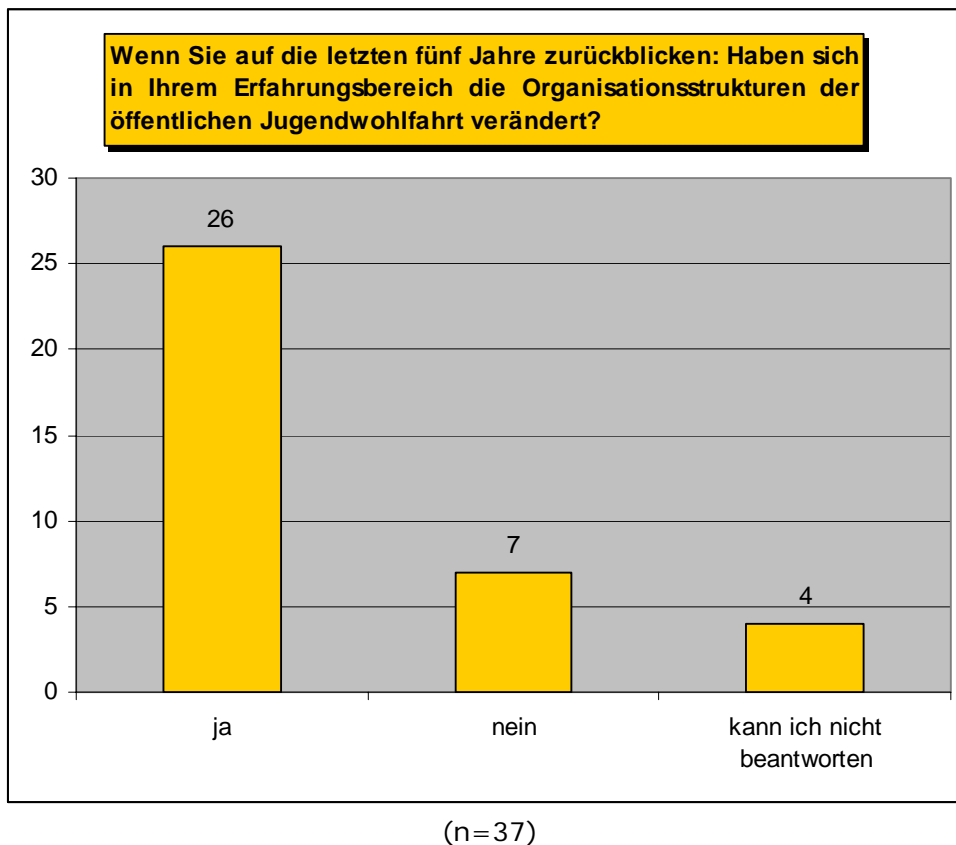
In der Folge wurden die TeilnehmerInnen um eine Zuordnung der festgestellten Veränderungen zu bestimmten Kategorien gebeten. Die Angaben werden in der nachstehenden Tabelle nach der Häufigkeit gereiht dargestellt:

Veränderungen der internen Organisationsstrukturen		
Kategorie	Anzahl Nennungen	Prozent
Veränderungen bei Zuständigkeits- und Verantwortungsbereichen	37	61,67%
Veränderungen bei Kooperations- und Kommunikationsstrukturen	31	51,67%
Veränderungen bei der Finanzierung	28	46,67%
Andere Veränderungen	18	30,00 %
Veränderungen im Verhältnis von öffentlichen zu freien Trägern	6	25,00%

(n=60)

Am häufigsten wurden „Veränderungen bei Zuständigkeits- und Verantwortungsbereichen“ genannt (37 Nennungen), gefolgt von „Veränderungen bei Kommunikations- und Kooperationsstrukturen“ (31 Nennungen) und Veränderungen bei der Finanzierung (28 Nennungen). Mit 18 Nennungen folgen dann „Andere Veränderungen“. Sechsmal wurden Veränderungen im Verhältnis von öffentlichen zu freien Trägern genannt, wobei berücksichtigt werden muss, dass diese Antwortoption nur TeilnehmerInnen zur Verfügung stand, die vorher angegeben hatten, bei einem öffentlichen Träger beschäftigt zu sein (bei dieser Frage n=24, so dass sich ein Prozentanteil von 25% ergibt).

Vergleicht man nun dieses Ergebnis mit den Antworten auf den zweiten Fragenkomplex, nämlich der Frage zur Veränderung der Organisationsstruktur der öffentlichen Jugendwohlfahrt aus der Außenperspektive von MitarbeiterInnen freier Träger oder im Nahbereich der Jugendwohlfahrt angesiedelter TeilnehmerInnen, so ergibt sich folgendes Bild:



Während bei der ersten Frage 83,33% der bei einem öffentlichen Träger beschäftigten TeilnehmerInnen Veränderungen der internen Organisationsstrukturen erlebten, wurden Veränderungen in den Organisationsstrukturen der öffentlichen Jugendwohlfahrt aus einer Außenperspektive nur zu 70% (26 von 37 Antworten) wahrgenommen. Etwas häufiger sind im Verhältnis die Nennungen „nein“ und „kann ich nicht beantworten“. Dies kann auch damit erklärt werden, dass die Bandbreite der wahrgenommenen Veränderungen sehr groß ist und manche intern festgestellte Veränderung von außen nicht in demselben Maße wahrgenommen oder für relevant erachtet wird.

Interessant ist ein Vergleich der wahrgenommenen Veränderungen, wenn sie den vorgegebenen Kategorien zugeordnet werden. In der Reihenfolge der am häufigsten genannten Veränderungen stehen hier „Veränderungen bei der Finanzierung“ (21 Nennungen) und „Veränderungen im Verhältnis von öffentlichen zu freien Trägern“ (19 Nennungen) an der Spitze.

Veränderungen der Organisationsstrukturen der öffentlichen Jugendwohlfahrt in der Außensicht		
Kategorie	Anzahl Nennungen	Prozent
Veränderungen bei der Finanzierung	21	56,67%
Veränderungen im Verhältnis von öffentlichen zu freien Trägern	19	51,35%
Veränderungen bei Kooperations- und Kommunikationsstrukturen	13	35,14%
Veränderungen bei Zuständigkeits- und Verantwortungsbereichen	12	32,43%
Andere Veränderungen	3	8,11 %

(n=37)

Nimmt man im Vergleich dazu die MitarbeiterInnen öffentlicher Jugendwohlfahrtsträger mit ihren Antworten auf die Frage nach Veränderungen der internen Organisationsstrukturen in ihrem Amt, ihrer Behörde oder ihrer Einrichtung, so dreht sich die Reihenfolge fast gänzlich um. An der Spitze stehen mit 54,16% der Nennungen „Veränderungen bei Zuständigkeits- und Verantwortungsbereichen“, dann mit 45,83% „Veränderungen bei Kommunikations- und Kooperationsstrukturen“. Mit 37,5% der Nennungen erst an dritter Stelle werden „Veränderungen bei der Finanzierung“ angegeben und nur zu 25% werden „Veränderungen im Verhältnis von öffentlichen zu freien Trägern“ angegeben.

Angesichts dieser Befunde erschiene es interessant genauer zu beleuchten, woher diese unterschiedlichen Wahrnehmungen kommen.

2.1.1. Das Spektrum an Organisationsveränderungen ist sehr breit

Wenn die TeilnehmerInnen bei den ersten beiden Fragekomplexen eine Veränderungskategorie ankreuzten, wurden sie in der Folge gebeten, diese Einschätzung zu spezifizieren und die wahrgenommenen Veränderungen kurz zu beschreiben. Diese Möglichkeit wurde unterschiedlich genutzt. Im Schnitt wurden etwa zwei Drittel der Angaben auch in Stichworten oder ausführlicher konkretisiert.

Diese Angaben wurden inhaltsanalytisch ausgewertet und zeigen eine große Bandbreite. Die Jugendwohlfahrtslandschaft ist – wie auch die letzten Befragungen bereits gezeigt haben – sehr heterogen. In ähnlicher Weise unterschiedlich waren auch die Veränderungen, auf die Bezug genommen wurde.

Während manche TeilnehmerInnen mit „umfassenden Strukturreformen der gesamten Organisation“ oder „umfassenden kommunalen Umstrukturierungen“ konfrontiert sind, berichten andere wesentlich unspektakulärer von einer „Auslagerung von Zuständigkeiten“ oder einer „Neuaufteilung von Aufgaben“, von „neuen Schwerpunktsetzungen“ oder auch nur von Stellenneubesetzungen.

Gesetzesänderungen können neue Aufgaben bzw. Verantwortlichkeiten definieren, neue Managementebenen (wie z.B. TeamleiterInnen) werden eingezogen,

„Verwaltung und Organisation auf der übergeordneter Betriebsebene“ geteilt, regionale und zentrale Verantwortlichkeiten bei größeren Trägern neu geregelt oder „Hierarchien zugunsten einer Matrixorganisation“ reduziert.

Manche Veränderungen von Entscheidungskompetenzen gehen in Richtung einer Dezentralisierung, andere eher in Richtung einer Zentralisierung.

Die angegebenen Veränderungen von Organisationsstrukturen sind zum einen in Zusammenhang mit dem Wachsen von Trägern, mit Ausweitungen oder Ausdifferenzierungen von Angeboten zu sehen. Häufig stehen Veränderungen aber auch im Kontext von Versuchen, adäquatere, effizientere, kostengünstigere Strukturen – sei es auf Seiten der Verwaltung, sei es auf Seiten von freien Trägern zu entwickeln.

2.1.2. Auch Kommunikations- und Kooperationsstrukturen verändern sich

Veränderungen bei Zuständigkeits- und Verantwortungsbereichen gehen in der Regel mit Veränderungen bei den Kooperations- und Kommunikationsstrukturen einher. Auch hier ist das Spektrum der Veränderungen sehr breit.

Neue Kooperationsstrukturen werden geschaffen, Kommunikationswege und -foren neu definiert. Durch Veränderungen von Strukturen werden neue KooperationspartnerInnen relevant und Netzwerke werden neu oder anders geknüpft. Aber auch Gewichtungen können sich verschieben, wenn z.B. von einer „verstärkte[n] Kommunikation mit externen Fachleuten und Medien“ die Rede ist.

Häufig angesprochen werden Veränderungen in der Kommunikation durch den verstärkten Einsatz neuer Technologien. Ob dies nun die elektronische Aktenführung betrifft, die verstärkte Nutzung des Internets oder die Einführung von Intranets. Hierzu gehört auch eine zunehmende Verlagerung der Kommunikation auf den E-Mail-Verkehr oder die Veränderungen durch einen zunehmenden Einsatz von Handys.

Bei vielen Antworten entsteht der Eindruck, dass Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen vielfältiger und differenzierter werden. Andererseits wird in manchen Antworten festgehalten, dass mehr Aufwand für Kommunikation und Kooperation betrieben werden muss. Die Kommunikation wird in vielen Fällen standardisierter, es steigt aber auch der Anspruch an die Dokumentierung sowie an Schnelligkeit, Präzision und Umfang.

Schwierigkeiten in der Kommunikation einerseits und ein erhöhter Kommunikationsbedarf andererseits werden u.a. mit der Personalsituation in Zusammenhang gebracht. Personalknappheit verursacht „angespannte Situationen“ und eine „Verschiebung hin zu mehr Teilzeitkräften“, bedingt höhere Anforderungen an Absprachen und Koordinierung. Häufige Personalwechsel, Personalreduktionen oder häufige Wechsel von Zuständigkeiten erschweren vor allem auch die Kommunikation zwischen öffentlichen und freien Trägern.

2.1.3. Die Frage der Finanzierung bleibt ein Dauerbrenner

In mehr als der Hälfte der Antworten werden die in den früheren Befragungen bereits deutlich gewordenen finanziellen Einschränkungen bzw. der finanzielle Druck, unter dem die Jugendwohlfahrt steht, angesprochen. Dabei werden so-

wohl eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation vieler Familien angesprochen als auch geringer werdende öffentlichen Mittel (Sparkurs) und eine schwieriger werdende Mittelaufbringung über Spenden. Und selbst wenn für einzelne Antwortende noch keine unmittelbaren Auswirkungen finanzieller Sparmaßnahmen spürbar sind, wird doch eine zunehmende Diskussion über Kosten und steigende Budgets registriert.

Als unmittelbare Auswirkungen einer prekärer werdenden Finanzsituation werden Probleme im Personalbereich genannt: Stellennachbesetzung sind schwierig zu argumentieren, erfolgen nicht oder sehr spät. Als weiteres Problem werden Einschränkungen im Angebot genannt, weil Kosten nicht mehr oder nur eingeschränkt übernommen werden.

Eine Entwicklung, die in verschiedenen Antworten immer wieder angesprochen wird, ist eine Veränderung des Finanzierungsmodus im Sinne einer „leistungsorientierten“ Abrechnung. Für freie Träger bedeutet dies die Notwendigkeit einer genaueren Kosten-Nutzenrechnung und einer strengeren Kalkulation verbunden mit genaueren und strengeren Überprüfungen. Hingewiesen wird auch auf eine Abwälzung von Kosten auf freie Träger weil sich zwischen den in den Leistungsvereinbarungen mit den öffentlichen Trägern vereinbarten Entgelten auf der einen Seite und den durch Kollektivverträge zum Teil entstehenden Kosten auf der anderen Seite eine Schere auftut. Kritisiert wird manchmal auch, dass die derzeitigen Finanzierungsmodelle zu unflexibel, manchmal nicht adäquat und noch nicht ausgereift seien.

Aus anderen Antworten ist ablesbar, dass manche Organisationen derzeit noch über Spielräume verfügen, Mittel zu lukrieren – indem z.B. Stundensätze erhöht werden, ein Rückgang von Spenden durch eine Erhöhung öffentlicher Mittel kompensiert wird oder indem neue Finanzierungs- oder Sparquellen erschlossen werden. Und für manche Träger ergeben sich auch durch die Veränderungen bei der Finanzierung Vorteile. Sie heben die Transparenz von Regelungen hervor, den Umstand, dass es nun ein einheitliches Kostenrechnungsmodell gebe und „(endlich) kostendeckende Tagsätze durch die eigene Landesregierung bezahlt“ würden.

2.1.4. Eine erste Bewertung der Veränderungen der Organisationsstrukturen

In den Ausführungen zu den verschiedenen Veränderungskategorien wurden des Öfteren schon Bewertungen formuliert. Darüber hinaus wurden die TeilnehmerInnen dann gebeten, eine allgemeine Einschätzung der von ihnen wahrgenommenen Veränderungen zu formulieren. Nimmt man die 34 Antworten, so lassen sich 19 davon relativ eindeutig als negative Einschätzung der Entwicklungen kategorisieren, in 13 Antworten werden die von den TeilnehmerInnen konstatierten Veränderungen sehr positiv konnotiert und in acht Antworten werden sowohl positive wie negative Aspekte festgehalten oder die Entwicklungen eher neutral gesehen.

Die Einschätzungen der TeilnehmerInnen zu den von ihnen festgestellten Veränderungen der internen Organisationsstrukturen beziehen sich auf unterschiedliche Veränderungen und Veränderungen unterschiedlicher Reichweite. Allein dadurch decken die Aussagen ein breites Spektrum ab. Dieses Spektrum reicht von „äußerst positiv“ über neutralere Einschätzungen wie „notwendig“ bis hin zu „gefährlich“ oder „besorgniserregend“.

Die Antworten sind entlang der Kategorien intern/extern, öffentliche/freie Träger und Management/Organisation/KlientInnenarbeit relativ gleichmäßig verteilt. In allen Gruppen finden sich sowohl sehr positive, sehr negative wie auch „sowohl-als-auch“-Einschätzungen.

Bei den positiven Einschätzungen werden vor allem „Transparenz“, „Klarheit“ oder die Erwartung einer Lösung für finanzielle Probleme hervorgehoben. Die veränderte Kompetenzverteilung entspricht eher den Aufgaben als früher, die neue Arbeitsaufteilung bringt Entlastungen. Die neu verteilten Verantwortlichkeiten versprechen mehr Klarheit und Effizienz. In diesen Einschätzungen kommt zum Ausdruck, dass mit den vorgenommenen Veränderungen von Organisationsstrukturen versucht wird, auf aktuelle Probleme zu reagieren und adäquatere Strukturen zu schaffen. Probleme können sich dabei aus unterschiedlichen Gründen ergeben. Zentrale Themen scheinen zu sein, dass durch Wachstums- und Ausdifferenzierungsprozesse manche Strukturen nicht mehr funktional oder optimal erscheinen. Ein zentrales Thema ist die Frage der Finanzierung und die Suche nach Strukturen, die auf den Kostendruck reagieren bzw. ein Potential im Hinblick auf eine Kostenoptimierung versprechen. Und grundsätzlich entsteht der Eindruck, dass die öffentliche Verwaltung mit zum Teil massiven Neuorientierungs- und Umbauprozessen beschäftigt ist.

Unabhängig davon werden manche Veränderungen auch einfach positiv gesehen, weil neue Kommunikations- und Kooperationsformen entstehen und weil sich neue Lernmöglichkeiten und Chancen ergeben.

Bei den eher neutralen Einschätzungen dominiert die Betonung der „Notwendigkeit“ solcher Strukturveränderungen. So wird z.B. formuliert, die Veränderung folge „gesetzlichen und inhaltlichen Notwendigkeiten“, es werden positive wie negative Aspekte formuliert, es wird die Komplexität und Schwierigkeit umfassender Strukturreformen betont, die Entwicklung aber grundsätzlich als sinnvoll und notwendig gesehen.

Während sich die positiven aber auch die neutraleren oder die Notwendigkeit betonenden Einschätzungen in der Regel auf inhaltliche Aspekte beziehen, fokussieren die eindeutig negativen Einschätzungen in der Regel die Art und Weise, wie Veränderungen passieren. Die Rede ist z.B. von einer massiven Verunsicherung von MitarbeiterInnen, Entwertung von Erfahrung, von demotivierenden Prozessen bis hin zu Angst und Demütigung oder von einer generellen Verschlechterung des Betriebsklimas und autoritäreren Kommunikationsformen. Öfters weisen Antworten auch auf die Erfahrung eines zunehmenden Druckes und auf ein steigendes burn-out-Risiko bei den MitarbeiterInnen hin. Der zunehmende Druck wird einerseits mit Ressourcenproblemen (z.B. Personalknappheit) in Verbindung gebracht, andererseits wird ein zunehmender Druck durch „immer kurzfristige Terminsetzungen“ und eine allgemeine Zunahme an Kommunikations- und Dokumentationsanforderungen festgestellt.

Negativ konnotiert werden in verschiedenen Antworten eine „Verlagerung von Entscheidungskompetenzen“ und vor allem eine Zunahme an top-down-Prozessen, die im Gegensatz zu einer früheren Praxis stehen, unterschiedliche Ebenen in Entwicklungs- und Planungsprozesse miteinzubinden.

Letztendlich wird in mehreren Antworten noch auf die nachteiligen Effekte auf die Betreuung und die KlientInnen hingewiesen, wobei vor allem Ressourcenprobleme dafür verantwortlich gemacht werden.

2.1.5. Das Verhältnis von öffentlichen zu freien Trägern

Die Gegenüberstellung der Häufigkeiten von wahrgenommenen Veränderungen bei den öffentlichen Trägern aus der Außen- und der Innensicht hat ja bereits einen Hinweis auf unterschiedliche Wahrnehmungen gegeben. Diese Unterschiede verdichten sich bei der Auswertung der Kommentare zu den angegebenen Veränderungen noch einmal.

In sechs von 14 Antworten von MitarbeiterInnen freier Träger wird darauf eingegangen, dass von Seiten der öffentlichen Träger mehr Einfluss auf die Leistungsgestaltung genommen wird bzw. die freien Träger in ihren Möglichkeiten eingeschränkt werden – häufig werden dabei Leistungsverträge als Instrument erwähnt. Ein stärkeres Gewicht der öffentlichen Träger resultiert nach Einschätzung dieser TeilnehmerInnen auch aus dem finanziellen Druck, der von der öffentlichen Verwaltung weitergegeben wird. Hinzu kommt – darauf wird in einer Antwort eingegangen – eine stärkere Konkurrenz der freien Träger untereinander: aus einem „Nachfragermarkt“ sei in den letzten Jahren zunehmend ein „Anbietermarkt“ geworden. Es wird aber nicht nur auf eine zunehmende Konkurrenz der freien Träger untereinander sondern in zumindest zwei Antworten auch auf eine stärkere Konkurrenz zwischen öffentlichen und freien Trägern hingewiesen: erwähnt wird z.B., dass von öffentlichen Trägern im Bereich Kinderbetreuung und Nachmittagsbetreuung Angebote gemacht würden, die von freien Trägern nicht zu dem Preis erbracht werden könnten. Weiters wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der in den letzten Jahren getätigten umfangreichen Investitionen bei Einrichtungen von öffentlichen Trägern nun verstärkt auf eine entsprechende Auslastung geschaut würde.

In Bezug auf Kommunikation und Kooperation wird auf ein Mehr an Präzision, Klarheit und Operationalität verwiesen aber auch als Kehrseite ein Mehr an Verschriftlichung, eine Zunahme an Formularen, mehr Bürokratie und insgesamt ein Mehr an Kontrolle genannt.

Kritisch postuliert wird ein Trend in Richtung betriebswirtschaftlichen Denkens und es wird ein Mangel an Planung, Forschung und Vermittlung der Aufgaben der Jugendwohlfahrt an die Politik festgehalten. Die primäre Ausrichtung von Entwicklungen an den Kosten bringt nicht nur die Träger unter Druck sondern hat auch massive negative Auswirkungen auf die KlientInnen.

Im Gegensatz dazu wird in einzelnen Antworten von einer verstärkten und positiv konnotierten Delegation von Aufgaben an freie Träger berichtet. Es ist die Rede von mehr Eigenverantwortung und Selbstbewusstsein auf Seiten der freien Träger. In vier Antworten wird der Eindruck festgehalten, dass die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern besser, partnerschaftlicher und kooperativer geworden sei und es wird von einer verstärkten gegenseitigen Anregung gesprochen.

Auch wenn das Bild keineswegs eindeutig ist entsteht doch der Eindruck, dass die freien Träger in Bezug auf ihr Verhältnis zu den öffentlichen Trägern in den letzten Jahren verstärkt unter Druck gekommen sind bzw. sich vor höhere Anforderungen gestellt sehen.

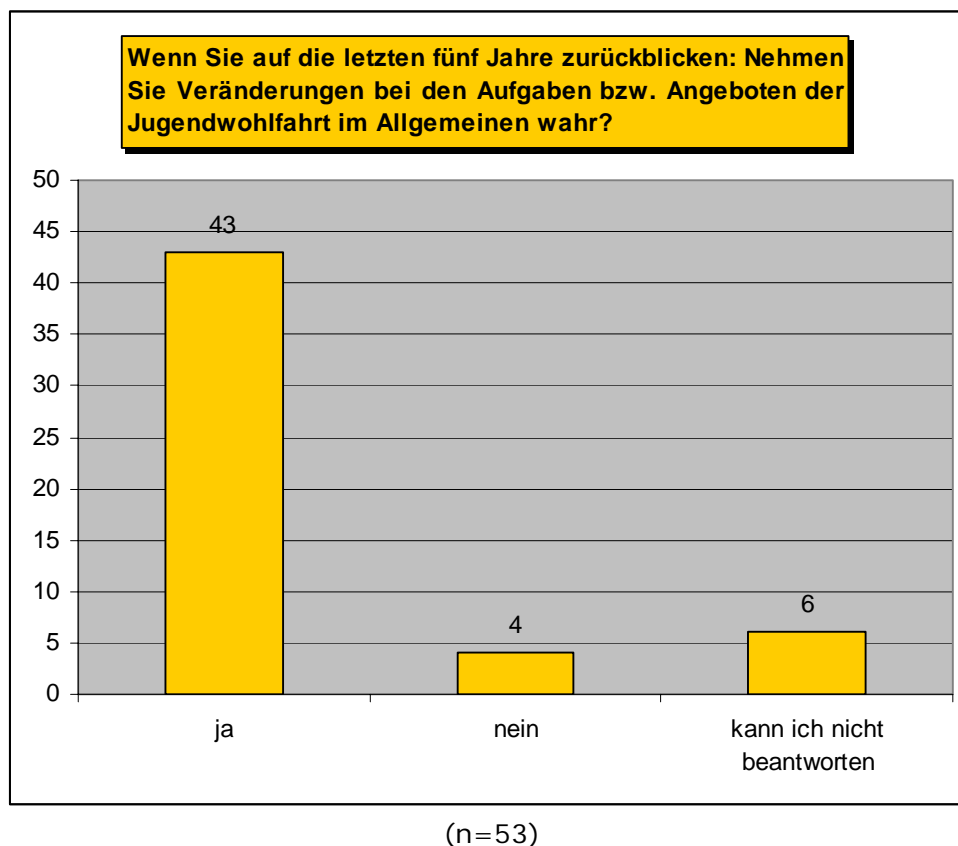
Nimmt man nun die Antworten von MitarbeiterInnen öffentlicher Träger in Bezug auf das Verhältnis von öffentlichen zu den freien Trägern, so dominiert eine kontroäre Einschätzung. Zum größeren Teil kommt in den Antworten der Versuch zum Ausdruck, freie Träger stärker einzubinden und mit ihnen stärker zu kooperieren.

Und wenn z.B. formuliert wird, dass sich der Schwerpunkt der „Fachaufsicht“, vom „Aufzeigen von Missständen“ hin zu „Qualitätsentwicklung“ verschiebe, deutet das darauf hin, dass eher ein gemeinsames Entwickeln und weniger Kontrolle beabsichtigt ist.

Wenn in einer Antwort formuliert wird, dass freie Träger sich „ihre Klientelle“ aussuchen würden, kommt darin aber auch die Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten öffentlicher Träger zur Steuerung und Kontrolle zum Ausdruck.

2.2. Veränderungen in der Aufgaben- bzw. Angebotsstruktur

Ähnlich wie in den ersten beiden Fragen nach internen Organisationsveränderungen und nach Veränderungen in der Organisationsstruktur der öffentlichen Jugendwohlfahrt aus einer Außenperspektive differenziert wurde, wurde auch die Frage nach Veränderungen in der Aufgaben- bzw. Angebotsstruktur geteilt. In einer ersten Frage wurde der Fokus auf Veränderungen bei Aufgaben und Angeboten der Jugendwohlfahrt im Allgemeinen gelegt. Im darauf folgenden Fragenkomplex wurden dann die freien Träger nach Veränderungen in ihrer Angebotsstruktur gefragt.



Bei dieser Frage wurden die TeilnehmerInnen explizit aufgefordert, ihr Augenmerk generell auf die Aufgaben bzw. Angebote der Jugendwohlfahrt in ihrem Bundesland bzw. in den Bundesländern, die sie überblicken, zu richten.

In 43 Antworten (d.s. 81,13%) wurden Veränderungen wahrgenommen. Vier TeilnehmerInnen konnten keine Veränderungen feststellen und sechs der Befragten sahen sich nicht in der Lage, diese Frage mit ja oder nein zu beantworten. Am häufigsten genannt wurden in der Folge neu hinzugekommene Aufgaben bzw. Angebote (27 Nennungen), aber fast ebenso häufig Verschiebungen innerhalb des bisherigen Spektrums (26 Nennungen) und Einschränkungen bei Aufgaben bzw. Angeboten (24 Nennungen).

Veränderungen bei Aufgaben und Angeboten		
Kategorie	Anzahl Nennungen	Prozent
Neu hinzugekommene Aufgaben bzw. Angebote	27	50,94%
Verschiebungen innerhalb des bestehenden Spektrums	26	49,06%
Einschränkungen bei Aufgaben bzw. Angeboten	24	45,28%
Andere Veränderungen	4	7,55%

(n=53)

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Einrichtungen von freien Trägern. Hier wurden von 73,33% der Antwortenden (11 von 15) Veränderungen von Angeboten wahrgenommen, wobei eindeutig am häufigsten neu hinzugekommene Angebote genannt wurden.

Die Antworten deuten auf nicht unerhebliche Anstrengungen der freien Träger hin, ihre Angebote auszudifferenzieren und flexibler zu gestalten. So wird z.B. eine „differenziertere Behandlung auch in Gruppen“ erwähnt oder es ist die Rede von „Veränderung in Richtung maßgeschneiderte Angebote“ oder davon, dass sich inzwischen ein breites Spektrum an stationären Angeboten (kurz-, mittel- und langfristig) entwickelt hat. Dazu kommen Erweiterungen im ambulanten Bereich, beim Betreuten Wohnen, bei niederschweligen Angeboten.

Die angegebenen Veränderungen werden dabei durchwegs als positiv eingeschätzt. In einigen wenigen Antworten wird die Veränderung neutraler als „notwendig“ bezeichnet, als „einer gesellschaftlichen Gesamtentwicklung folgend“ dargestellt oder etwas vorsichtig mit „warten wir’s ab“ eingeleitet.

2.2.1. Trends bei Aufgaben und Angeboten

Unter den Titeln „Verschiebungen innerhalb des bestehenden Spektrums“ sowie „Neu hinzugekommene Aufgaben bzw. Angebote“ wurde eine Vielzahl an Veränderungen beschrieben. Die Palette ist sehr breit und die Angaben beziehen sich auf sehr unterschiedliche Entwicklungen. Auch wenn eine Systematisierung dementsprechend schwierig ist, werden in der Folge einige zentrale, immer wiederkehrende Themen aufgeführt:

➤ Von Standardangeboten hin zu individuellen, flexiblen Lösungen

Ein erster, sehr allgemeiner Eindruck ist, dass in vielen Veränderungen eine zunehmende Ausdifferenzierung des Angebotes zum Ausdruck kommt. Es wird versucht, flexible, individuelle, passgenaue Lösungen zu finden bzw. es wird befunden, dass solche nötig wären. Komplexer werdende Fälle würden, so eine Antwort, auch ein komplexeres und komplizierteres Fallmanagement nach sich ziehen. Veränderte Rahmenbedingungen wie z.B. die Leistungs- und Entgeltverordnung in der Steiermark würden zwar auf der einen Seite die

Passgenauigkeit der Hilfen reduzieren, es gäbe aber daneben andere legislative Möglichkeiten, um flexiblere Hilfen konzipieren zu können.

- Von stationären Angeboten hin zu ambulanten/mobilen Angeboten

Eine zunehmende Verlagerung von stationären Angeboten hin zu unterstützenden ambulanten Angeboten wird mehrfach genannt, wobei diese Entwicklung nicht so eindeutig zu sein scheint. Gleichzeitig werden nämlich auch Entwicklungen der Ausdifferenzierung stationärer Angebote beschrieben, sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf die Zeitdauer einer stationären Unterbringung. Verschiebungen zwischen institutioneller Betreuung und Pflegeplatzbetreuung werden in beide Richtungen wahrgenommen.

- Von teuren Hilfen hin zu billigeren

In Zusammenhang mit dem immer wieder angeführten finanziellen Druck auf die Jugendwohlfahrt wird in mehreren Bundesländern eine Tendenz beschrieben, teurere Hilfen zugunsten von kostengünstigeren Maßnahmen zu reduzieren. Es ist die Rede von einer Reduzierung von Kostenzuschüssen, von Verschiebungen der Betreuung in billigere Segmente oder davon, dass mit dem Argument des „gelindesten Mittels“ versucht würde, das „billigste Mittel“ einzusetzen. In diesem Kontext ist auch eine mehrfach erwähnte Tendenz zu immer kurzfristigeren Maßnahmen bzw. Betreuungen zu sehen.

- Von der inhaltlichen Arbeit hin zur organisatorischen

Hier wird eine Entwicklung angedeutet, die auch im Zusammenhang mit Veränderungen von Kommunikations- und Kooperationsstrukturen erwähnt wurde und in den letzten JU-Quest-Befragungen auch schon Thema war. Qualitätsmanagementsysteme einerseits und ein erhöhter Argumentations- und Legitimationsdruck andererseits führen dazu, dass viele MitarbeiterInnen in der Betreuungsarbeit den Eindruck haben, viel zu viel Zeit von der Betreuungsarbeit abziehen zu müssen um Berichte zu schreiben, Verhandlungen zu führen, zu dokumentieren etc.

- Von der sozialarbeiterischen Unterstützung hin zu therapeutischen Hilfen

Ein solcher Trend ist auch in den früheren JU-Quest-Befragungen unter dem Stichwort „Therapeutisierung“ angeklungen. Hier wird er konkret auch mit einer zunehmenden Delegation von Aufgaben der Jugendwohlfahrt an freie Träger in Verbindung gebracht. Damit würde zunehmend die originär sozialarbeiterische Praxis der Jugendämter, zugunsten einer zunehmend therapeutisch orientierten Praxis in Einrichtungen freier Träger, an Boden verlieren.

2.2.2. Ein Schwerpunkt von Veränderungen liegt bei den Angeboten für Jugendliche

Nimmt man die angegebenen Veränderungen von Aufgaben und Angeboten so fällt als erstes auf, dass Angebote für Kinder seltener genannt werden. In der Regel sind es Angebote im Kontext gerichtlicher Verfahren – Prozessbegleitung,

Begleitung bei Anhörungen in Pflegschaftsverfahren oder Unterstützungsangebote bei Scheidungsverfahren.

Deutlich häufiger werden neue Angebote erwähnt, die sich an Jugendliche richten. Angeführt werden Angebote für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, eine Zunahme an ambulanten bzw. mobilen Angeboten wie „Streetwork“ - sowohl in ländlichen Regionen als auch in regionalen Ballungszentren oder Angebote im Kontext von psychiatrischen Problemen, Dissozialität oder Drogen. Berichtet wird auch von einer Zunahme von „individualpädagogischen Angeboten“ aufgrund einer „Gruppenunfähigkeit“ der Jugendlichen oder einfach von „Angeboten für Jugendliche/junge Erwachsene mit anderen Anforderungen als vor 10/20 Jahren“. Eine interessante Entwicklung wird letztendlich von Kinder- und Jugendanwaltschaften berichtet, nämlich dass sie eine Zunahme von Jugendlichen bemerken, die sich eigenständig ans Jugendamt wenden (wollen).

Auffällig ist daneben eine sehr häufige Nennung von „Krisenangeboten“, die aber nicht näher spezifiziert werden.

2.2.3. Schulprobleme und Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben werden dominante Themen

Als neue Themen zeichnen sich offensichtlich auch Probleme in und mit der Schule sowie Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben ab.

Im Kontext Schule wird von neuen Angeboten von Schulsozialarbeit berichtet oder von Angeboten für den Fall einer Suspendierung von Schulkindern. Es wird aber auch genereller festgehalten, dass WG's zunehmend aufgerufen sind, Lösungen für schulische Probleme/Problemfälle zu entwickeln oder dass an die Jugendwohlfahrt verstärkt ein erzieherischer und kontrollierender Auftrag für Bereiche, für die eigentlich andere Institutionen zuständig wären, herangetragen wird. Als Beispiel wird das Thema „Schulverweigerung“ genannt.

In Bezug auf den Übergang ins Berufsleben werden z.B. „Nachqualifizierungsangebote“ für Jugendliche angegeben.

2.2.4. Elternarbeit ist (wieder) ein Thema

Manche Antworten deuten darauf hin, dass die Rolle des Herkunftssystems wieder zum Thema wird. Das Spektrum dabei ist sehr weit und reicht von einer erhöhten Aufmerksamkeit für die „Elternarbeit“ über die „Betreuung von Eltern bei einer Unterbringung von Kindern“ bis hin zu einer „Aufnahme von ganzen Familien“ im Sinne von Maßnahmen zur Unterstützung der Erziehung statt einer Fremdunterbringung der Kinder. In diesem Kontext interessant erscheint der Umstand, dass dieses Thema in den bisherigen Befragungen gar nicht oder nur marginal aufgetaucht ist.

2.2.5. Einschränkungen sind in der Regel finanziell motiviert

Einschränkungen bei den Angeboten werden in der Regel mit finanziellen Beschränkungen in Verbindung gebracht.

Erwähnt werden Kürzungen von Kostenzuschüssen bei sozialen Diensten, eine Verschlechterung im Bereich niederschwelliger Angebote, eine Reduktion von stationären Plätzen oder die Ablehnung fachlich als notwendig gesehener Maßnahmen aus finanziellen Gründen. Gesprochen wird von einem Versuch, volle Erziehung zu verhindern, von einer Forcierung von Rückführungen um Fremdunterbringungskosten zu sparen oder von einer Tendenz zur Reduktion auf sogenannte Kernaufgaben. Daneben wird in mehreren Antworten auf Personalreduktionen, schleppende Stellennachbesetzungen und daraus resultierende Qualitätseinbußen hingewiesen.

Als negativ festgehalten werden bürokratische Hindernisse, Einschränkungen bei der Fachlichkeit, bei der Wahlmöglichkeiten oder auch bei der Nachhaltigkeit von Betreuungen durch die Fokussierung auf die Kosten.

Erwähnt wird die Problematik der auf 18 Jahre herabgesetzten Volljährigkeit und eine finanziell motivierte geringe Bereitschaft, Angebote für 17-Jährige und 18-Jährige bzw. auch schon für Jugendliche nach Beendigung der Schulpflicht zur Verfügung zu stellen.

2.2.6. Die Geschwindigkeit der Veränderungen nimmt zu

Zugenommen hat – das kommt zumindest in einigen Antworten zum Ausdruck – die Geschwindigkeit der Veränderungen. Das wird auch sichtbar an Beschreibungen von speziellen Angeboten – z.B. sozialtherapeutischen Gruppen – die neu geschaffen und bald wieder aufgelassen wurden.

Woher die Dynamik dieser Veränderung von Aufgaben und Angeboten kommt, ist nicht eindeutig zu beantworten.

Mehrfach wird darauf hingewiesen, dass die Jugendwohlfahrt mit der Veränderung von Angeboten auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren müsse. Erwähnt werden gesetzliche Veränderungen, die die Gestaltung von Angeboten und deren Finanzierung betreffen.

Zu guter Letzt werden Veränderungen beim Klientel angesprochen auf die die Jugendwohlfahrt reagieren muss: die Problemlagen würden komplexer, die ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft verändere sich etc.

Manche Veränderungen werden aber auch damit in Zusammenhang gebracht, dass bestimmte Entwicklungen (politisch) favorisiert würden, wobei hier einerseits ideologische Präferenzen eine Rolle spielen können, häufig aber werden finanzielle Aspekte als Motiv gesehen.

An der Vielzahl von Veränderungen werden immer wieder positive Aspekte hervorgehoben, z.B. dass mit einer Ausdifferenzierung der Angebotsstruktur und der Erweiterung von Angeboten auf Entwicklungen reagiert würde und dass sich spannende Lernfelder und Herausforderungen auftun. Häufig werden aber auch negative Aspekte der Veränderungen beschrieben, wobei neben Einschränkungen und Qualitätseinbußen vor allem Hinweise auf einen zunehmenden Druck auf die MitarbeiterInnen der Jugendwohlfahrt auffallen.

2.2.7. Neue Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen entstehen

In 21 von 29 Antworten werden Veränderungen bei den Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen aufgrund veränderter Aufgaben angegeben.

Es wird z.B. ein sich positiv veränderndes Kommunikationsklima beschrieben. Die Rede ist von mehr Kooperation, mehr Partnerschaftlichkeit, von einem verstärktes Suchen nach flexiblen Lösungen und verstärkter fallunabhängige Kommunikation und davon, dass die Kommunikation mit SozialarbeiterInnen enger, atmosphärisch besser geworden sei.

In mehreren Antworten werden neue Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen beschreiben:

Es entstehen neue Kooperationen zwischen ambulantem Helfersystem und stationärem Bereich, eine intensivere Zusammenarbeit mit Schulbehörden, der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Krankenanstalten, Therapie- und Drogeneinrichtungen etc. Neue Kooperationen ergeben sich z.B. mit anderen Verwaltungsabteilungen des Landes und Betreuungseinrichtungen, mit denen man bisher nichts zu tun hatte und letztendlich können Umstrukturierungen auch die amtsinternen Kommunikationsbeziehungen verändern.

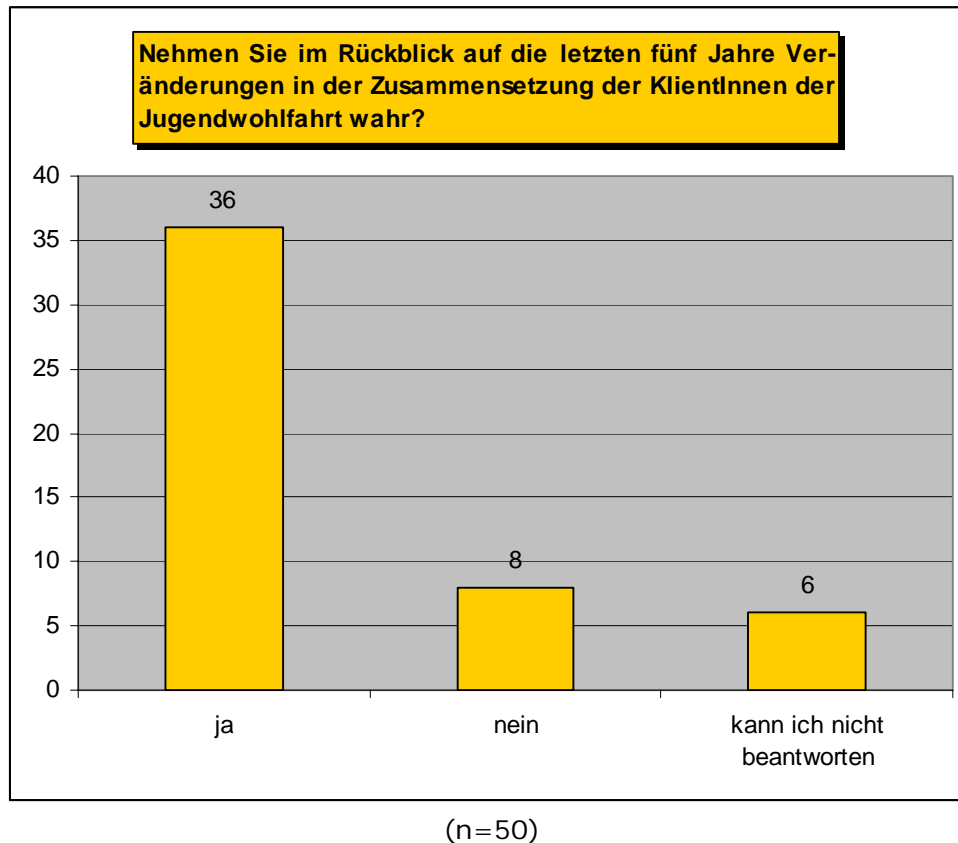
Die Kommunikation mit freien Trägern wird stärker wenn die öffentliche Hand Aufgaben delegiert. Die Kooperation zwischen öffentlichen und freien Trägern wird enger, aber auch die Kommunikation und Kooperation der freien Träger untereinander. Neue Kommunikationsstrukturen finden sich auch im Sponsoringbereich oder mit anderen Berufsfeldern.

Neben solchen neuen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen wird in einigen Antworten aber auch ein größer gewordener Kommunikationsbedarf kritisch angemerkt: Es seien mehr Gespräche und mehr Überzeugungsarbeit nötig, auch wenn eigentlich keine Zeit dafür da wäre, Veränderungen verlangen eine intensivere Vernetzung und in Bezug auf die Delegation von Aufgaben an freie Träger wird ein oft extrem hoher Aufwand für die Fallübergabe festgestellt.

Und letztendlich bringen technische Neuerungen auch immer wieder Klärungsbedarf mit sich, wie z.B. welchen Status Meldungen an das Jugendamt per E-Mail haben. Ebenso wird kritisch darauf hingewiesen, dass Verbesserungen in der Kommunikation und Kooperation wirkungslos bleiben, weil die Entscheidungsträger nicht dabei sind.

2.3. Veränderungen bei der Zusammensetzung der KlientInnen der Jugendwohlfahrt

Als ein weiterer struktureller Aspekt wurde die Zusammensetzung des Klientels in den Fragebogen mit aufgenommen. Die Frage „Nehmen Sie im Rückblick auf die letzten fünf Jahre Veränderungen in der Zusammensetzung der KlientInnen wahr?“ wurde von 50 TeilnehmerInnen beantwortet.



Auch in Bezug auf die Zusammensetzung der KlientInnen wurden, wie man an der Grafik sieht, mehrheitlich Veränderungen in den letzten fünf Jahren wahrgenommen. Die Frage wurde in 72% der Antworten bejaht. Acht TeilnehmerInnen (d.s. 16%) sehen keine Veränderungen in ihrem Erfahrungsbereich und sechs (12%) gaben an, dass sie die Frage nicht beantworten können.

Den TeilnehmerInnen, die diese Frage bejaht hatten, wurde wiederum die Möglichkeit angeboten, die konstatierten Veränderungen anhand vorgegebener Kategorien zu spezifizieren, welche hier nach Häufigkeit gereiht dargestellt werden:

Veränderungen bei der Zusammensetzung der KlientInnen		
Kategorie	Anzahl Nennungen	Prozent
Verschiebungen in der Altersstruktur	20	40,00%
Verschiebungen in der ethnischen Zusammensetzung	19	38,00%
Hinzukommende neue KlientInnen-gruppen	16	32,00%
Wegfallende KlientInnengruppen	6	12,00%
Verschiebungen im Geschlechterverhältnis	6	12,00%
Andere Veränderungen	6	12,00%

(n=50)

Am häufigsten genannt wurden in diesem Kontext Veränderungen in der Altersstruktur (20 Nennungen), dicht gefolgt von Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung (19 Nennungen). 16 mal wurde angegeben, dass neue KlientInnengruppen hinzugekommen seien und jeweils sechsmal bezogen sich die Veränderungen auf wegfallende KlientInnengruppen, auf Veränderungen im Geschlechterverhältnis oder „Andere Veränderungen“.

2.3.1. Die KlientInnen werden jünger

In 40% der Antworten werden Veränderungen in der Altersstruktur der KlientInnen angegeben. Die in der Folge beschriebenen Veränderungen sind wiederum sehr heterogen und spiegeln die jeweiligen Erfahrungsfelder der Befragten wieder. Dennoch lässt sich als Tendenz formulieren, dass etwa zwei Drittel der Antworten in die Richtung weisen, dass das jeweilige Klientel jünger wird. Die Rede ist z.B. von einer „leichten Zunahme jüngerer AdressatInnen“ oder davon, dass das „Klientell generell jünger“ werde. Es wird ein Mangel an Betreuungsplätzen für unter 10-Jährige festgestellt oder festgehalten, dass Kinder früher massiv auffällig würden.

In Bezug auf das Klientel von Kinder- und Jugendanwaltschaften wird berichtet, dass Jugendliche vermehrt eigenständig den Kontakt zur Kinder- und Jugendanwaltschaft suchen und dass das Alter von Kindern, die selbständig Hilfe suchen, geringer werde.

Als Gründe für eine solche Verjüngung lassen sich aus den Antworten drei Argumente herausfiltern:

- Mehrere Antworten betonen, dass Kinder früher auffällig und betreuungsbedürftig würden.
- In mehreren Antworten wird wiederum darauf verwiesen, dass durch die Herabsetzung der Volljährigkeit und den finanziellen Druck Angebote bzw. Maßnahmen für ältere Jugendliche zunehmend reduzierte würden. Eine solche

Entwicklung senkt natürlich auch den Altersschnitt der Kinder- und Jugendlichen in Betreuung.

- Letztendlich wird in einer Antwort auch darauf hingewiesen, dass durch die Zunahme von ambulanten Unterstützungsangeboten gerade im Kinderbetreuungsbereich auch immer jüngere Kinder als KlientInnen identifiziert würden.

Insgesamt dürfte hier noch eine differenziertere Betrachtung nötig sein. Zum Beispiel wurde auch festgehalten, dass durch die Zunahme an ambulanten Unterstützungsmaßnahmen Kinder erst in einem höheren Alter in stationäre Betreuung kommen – „dafür oft mit intensiveren Auffälligkeiten“. Möglicherweise finden sich in unterschiedlichen Bereichen der Jugendwohlfahrt auch unterschiedliche Entwicklungen.

Auch wenn eine eindeutige Aussage nicht zu treffen ist, weisen die verschiedenen Aussagen jedoch auf eine Wahrnehmung hin, deren empirische Überprüfung lohnenswert erscheint.

2.3.2. Der Anteil von KlientInnen mit Migrationshintergrund steigt

Ähnlich häufig wie Veränderungen in der Altersstruktur wurden von den TeilnehmerInnen an der Befragung auch Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung festgestellt.

Die Antworten weisen recht deutlich darauf hin, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine relevante Klientinnengruppe darstellen, die im Zunehmen begriffen ist. Als Ursache für diese Steigerung wird einerseits darauf hingewiesen, dass der Anteil von „ausländischen Familien“, „Asylwerbern“, „Familien mit muslimischer Herkunft, afrikanische Frauen, Familien aus Osteuropa“, „MigrantInnen“ oder „Flüchtlingsfamilien“ an der Bevölkerung im Steigen begriffen ist. Andererseits werden von der Jugendwohlfahrt auch neue Aufgaben übernommen wie z.B. die Zuständigkeit für die Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge. Auf die Frage nach neu hinzugekommenen KlientInnengruppen werden KlientInnen mit Migrationshintergrund am zweithäufigsten genannt.

Hingewiesen wird dabei vor allem auf die spezifischen Herausforderungen, die die ethnischen und kulturellen Unterschiede für die Fachkräfte in der Jugendwohlfahrt bedeuten.

Es werden Probleme im Verständnis angesprochen und in einer Antwort auch darauf verwiesen, dass die Jugendwohlfahrt die meisten Anliegen abschieben würde.

2.3.3. Gewalt, Aggression und psychische Beeinträchtigungen sind zentrale neue Herausforderungen

Bei der Kategorie „neu hinzukommende KlientInnengruppen“ werden am häufigsten die Themen Gewalt/Aggression einerseits und KlientInnen mit psychiatrisch diagnostizierten bzw. diagnostizierbaren Auffälligkeiten andererseits angesprochen. Angegeben werden „KlientInnen, die psychiatrische Auffälligkeiten aufweisen“, „psychiatrisch-pädagogische Grenzfälle“, „vor allem psychisch kranke Menschen und Suchtkranke“ oder KlientInnen aus dem Bereich der Jugendpsychiatrie“. Die Rede ist andererseits von „mehr aggressive[n] Klienten“, von einem ho-

hen „Gewaltpotential bei Minderjährigen“ oder davon, dass im stationären Bereich eine „Zunahme ‚schwieriger‘ Jugendlicher“ festzustellen sei.

Ist bei den neu hinzugekommenen KlientInnengruppen von einer Zunahme von „schwierigeren“ Kindern und Jugendlichen die Rede, so wird bei den wegfallenden KlientInnengruppen eine „Reduktion der ‚einfachen‘ Fälle in der Vollen Erziehung“ festgehalten. Oder es wird angemerkt, dass es „weniger ‚nicht-schwierige‘ Jugendliche“ gäbe.

2.3.4. Ältere Jugendliche fallen aus dem Betreuungsrahmen

Wie schon öfters erwähnt werden im Zusammenhang mit der Herabsetzung der Volljährigkeit auf 18 Jahre einerseits und dem finanziellen Druck andererseits Einschränkungen vor allem für ältere Jugendliche angegeben. Es gäbe immer weniger langfristige Betreuungen, Jugendliche und junge Erwachsene fallen aus dem Betreuungsrahmen bzw. es ist schwierig, adäquate Maßnahmen und Angebote zu realisieren.

2.3.5. Die Jugendwohlfahrt erreicht die Mittelschicht

Etwas überraschend zeichnete sich auch eine dritte, als neu empfundene, Gruppe ab: Da ist die Rede von „immer mehr Klienten aus höheren Einkommens- und Bildungsschichten“, von „Familien aus an sich stabilen, eher guten Verhältnissen“ oder von „mehr Mittelschichtsjugendlichen“ und „teilweise mehr Mittelschichtkinder“. Auch zu dieser Kategorie zu zählen ist vermutlich die Beschreibung „jugendliche und erwachsene KlientInnen mit allgemein guten, vorhandenen Problemlösungsressourcen, die in akuter Ausnahmensituation keine Hilfe und Unterstützung finden ...“.

Als Hintergrund wird in einer Einschätzung von einer zunehmenden Wohlstandsverwahrlosung gesprochen.

2.3.6. Wirtschaftliche Notlagen nehmen zu

In mehreren Antworten wird auch darauf hingewiesen, dass sich eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation vieler Familien feststellen lasse, mit den entsprechenden Folge- oder Begleiterscheinungen.

Hingewiesen wird darüber hinaus auch auf eine Zunahme von schulischen Problemen und Defiziten, auf „Jugendliche nach Wegweisungen“ als neue KlientInnen und die Betreuung von ganzen Familien.

2.3.7. Die Herausforderungen für die Fachkräfte in der Jugendwohlfahrt steigen

Deutlich mehr als die Hälfte der Antworten fokussiert darauf, dass durch die konstatierten Veränderungen neue Herausforderungen für die Jugendwohlfahrt entstanden sind, dass verstärkte Kooperation und Vernetzung mit anderen Fachkräften nötig geworden sei, der Fortbildungs- und Supervisionsbedarf gestiegen sei, die Betreuung schwieriger geworden sei und verschiedene neue Angebote

nötig wären. Es sei wesentlich schwieriger geworden, individuelle passende Antworten und Interventionen zu finden. Es ist die Rede von höheren Anforderungen bis hin zu Überforderung der Jugendwohlfahrt, wobei dies zum Teil mit einem Anstieg von Aufgaben in Verbindung gebracht wird, zum Teil mit inhaltlich höheren Anforderungen.

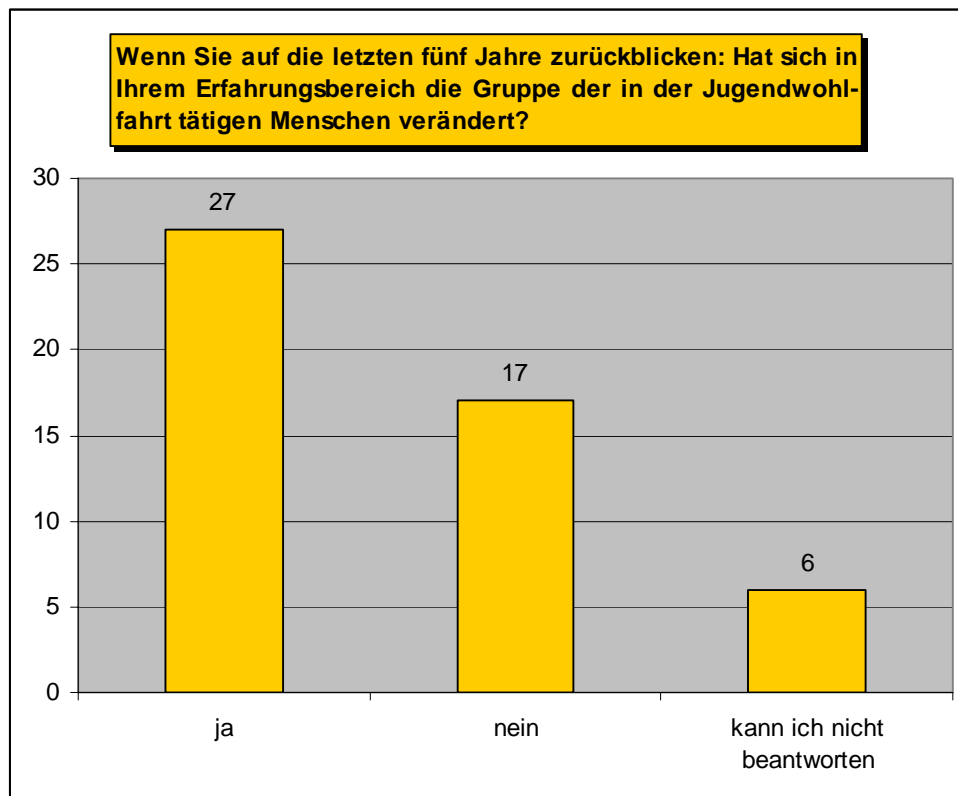
Den konstatierten höheren Anforderungen steht häufig eine kritische Einschätzung in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen gegenüber. Es wird dann z.B. formuliert, dass diejenigen, die von der Jugendwohlfahrt erfasst werden, eine qualifiziertere Hilfestellung erhalten, es würden aber viele nicht mehr bei der Jugendwohlfahrt landen. In einer anderen Antwort wird der Umstand, dass das Alter der Kinder, die selber zur Kinder- und Jugendanwaltschaft kommen, sinke positiv gesehen, weil „mehr Dinge ans Tageslicht“ kämen, es wird aber negativ dazugestellt, dass die für die Unterstützung nötigen Kapazitäten nicht vorhanden wären.

In einigen wenigen Antworten werden die konstatierten Entwicklungen als „bedarfsgerecht“ oder „bewältigbar“ beschrieben.

Grundsätzlich dominieren aber die Antworten, die die Entwicklungen eher negativ einschätzen oder zumindest die Schwierigkeiten und Herausforderungen in den Vordergrund stellen.

2.4. Veränderungen bei den Fachkräften in der Jugendwohlfahrt

In einem vierten Fragenkomplex wurde bei der Fragebogenerstellung auf den Bereich von Veränderungen in der Zusammensetzung der MitarbeiterInnen fokussiert. Auch hier wurde nach einer allgemeinen Frage, ob Veränderungen in der Zusammensetzung der in der Jugendwohlfahrt tätigen Menschen bemerkt werden, versucht, mittels vorgegebener Kategorien eine erste Orientierung über die wahrgenommenen Veränderungen zu bekommen.



(n=50)

Auch diese Frage wurde von 50 TeilnehmerInnen beantwortet. Etwas mehr als der Hälfte von ihnen (27 TeilnehmerInnen, d.s. 54%) bejahten die Frage nach Veränderungen in Bezug auf die MitarbeiterInnen. 34% (n=17) konnten im Blick auf die letzten fünf Jahre keine Veränderungen feststellen und sechs (d.s. 12%) kreuzten „kann ich nicht beantworten“ an.

Nach der Häufigkeit der angegebenen Kategorien geordnet ergibt sich in der Folge das nachstehende Bild:

Veränderungen bei der Gruppe der MitarbeiterInnen		
Kategorie	Anzahl Nennungen	Prozent
Veränderungen in der Ausbildung	19	38,00%
Veränderungen bei den Arbeitsverhältnissen/-verträgen	19	38,00%
Veränderungen im Verhältnis von ProfessionistInnen und Ehrenamtlichen	10	20,00%
Veränderungen im Geschlechterverhältnis	9	18,00%
Veränderungen in der Altersstruktur	7	14,00%
Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung	5	10,00%
Andere Veränderungen	2	4,00%

(n=50)

Wenn Veränderungen in diesem Bereich festgestellt wurden, wurden am häufigsten Veränderungen bei der Ausbildung sowie bei Arbeitsverhältnissen bzw. -verträgen genannt (jeweils 19 Nennungen). Veränderungen im Verhältnis von ProfessionistInnen und Ehrenamtlichen als nächsthäufigste wurden zehn Mal genannt, gefolgt von Veränderungen im Geschlechterverhältnis (9 Nennungen), in der Altersstruktur (7 Nennungen), in der ethnischen Zusammensetzung (5 Nennungen) und „Anderen Veränderungen“ (mit 2 Nennungen)

2.4.1. Das Ausbildungsniveau steigt

In einer Mehrheit der Antworten wird festgehalten, dass sich das Niveau bzw. der Standard der Ausbildung der in der Jugendwohlfahrt tätigen Menschen verbessert habe. Öfters erwähnt wird der Umstieg von den Sozialakademien auf Fachhochschulstudiengänge. Aber auch Menschen mit universitären Ausbildungen kommen zunehmend in den Betreuungsbereich. Ausbildung, Fortbildung und Supervision würden zunehmend in Anspruch genommen werden. In einzelnen Antworten wird auch beschrieben, dass die Ausbildungen inhaltlich an die komplexeren Anforderungen des Tätigkeitsfeldes angepasst wurden.

Festgestellt wird in einzelnen Antworten auch, dass sich in der Jugendwohlfahrt die zunehmende Ausdifferenzierung auf dem Ausbildungssektor bemerkbar mache: es gibt eine Vielfalt an Ausbildungen und Zusatzqualifikationen.

Die Veränderungen bei den Ausbildungen werden durchwegs als positiv beschrieben. Die Entwicklungen seien „bedarfsgerecht“, mehr Wissen würde in die Arbeit eingebracht, die höhere Qualifikation sei positiv für die Kinder, es gäbe mehr Professionalität und Qualität etc.

Allerdings werden auch Ambivalenzen formuliert: Die Zeit für Schulungen/Weiterbildungen gehe zu Lasten der Betreuungsarbeit, GeneralistInnen würden zunehmend von SpezialistInnen verdrängt, der Wildwuchs am Aus- und Weiterbildungsmarkt sei schwer überschaubar geworden oder die feststellbare „Aka-

demisierungswelle“ sei verbunden mit einem genauen Hinschauen auf die Arbeitszeit.

Es wird aber auch festgehalten, dass viele Ausbildungen zu theoretisch ausgerichtet seien und in vielen Feldern Menschen mit spezifischem Erfahrungshintergrund gebraucht würden. In einer Antwort wird der Eindruck festgehalten, dass trotz zunehmender pädagogischer Qualifikation die Belastbarkeit der MitarbeiterInnen und auch das Interesse an der „einfachen Alltagsgestaltung“ abnehme.

Kritisch angemerkt wird, dass zwar die Ausbildungsvoraussetzungen strenger geworden wären, es andererseits aber einen Trend zu kürzeren, billigeren Ausbildungen gäbe. Strenge Ausbildungserfordernisse machen auch – so eine Antwort – extrem unflexibel und der Blick allein auf Ausbildungen sei zu eng – da die Absolvierung einer Ausbildung noch kein Garant für Kompetenz sei.

Ambivalent bleibt insgesamt die Einschätzung in Bezug auf den Einsatz von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. Während in einzelnen Antworten ein Trend zur Forcierung ehrenamtlicher Tätigkeiten auch im Betreuungsbereich formuliert wird (in der Regel vor dem Hintergrund finanzieller Probleme) wird in anderen Antworten vor dem Hintergrund steigender Anforderungen an die MitarbeiterInnen ein gegenläufiger Trend konstatiert. Betont wird im Kontext „Ehrenamtlichkeit“ aber auch die Notwendigkeit einer Ausbildung und kompetenten Begleitung von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. Festgehalten wird letztendlich in einer Antwort auch, dass ehrenamtliche Tätigkeiten vor allem von Menschen in Ausbildung übernommen würden, die Erfahrungen sammeln wollen.

2.4.2. Die Arbeitsverhältnisse werden klarer, standardisierter und tendenziell prekärer

Am häufigsten wird in den Antworten auf die neuen Kollektivverträge im Sozialbereich bzw. auf Veränderungen im öffentlichen Dienstrecht eingegangen. Hier wird einerseits auf „formalere Arbeitsverträge“ und „korrekte Arbeitsverhältnisse“ hingewiesen und festgestellt, dass durch die Kollektivverträge mehr Rechtssicherheit für die ArbeitnehmerInnen hergestellt wurde. Gleichzeitig wird festgestellt, dass diese Veränderungen „nicht unbedingt zum Vorteil der zu betreuenden Kinder“ seien, dass damit eine „Umverteilung aber auch Reduktion der Lebensverdienstsumme“ verbunden sei oder dass „im sozialen oder JW-Bereich [...] auch die Tür in Richtung flexiblerer und teilweise schlechterer Verträge bzw. Bezahlung aufzugehen“ scheine.

In Bezug auf das öffentliche Dienstrecht wird das Ausdehnen der Befristung von Arbeitsverträgen auf insgesamt drei Jahre erwähnt wie überhaupt in mehr als der Hälfte der Antworten eine Zunahme an befristeten Arbeitsverhältnissen, ein zunehmender Einsatz von freien MitarbeiterInnen und „neuen Selbständigen“ und eine Zunahme an Teilzeitverträgen beschrieben wird.

In Bezug auf die neuen arbeitsrechtlichen Bedingungen werden manchmal Ambivalenzen formuliert: So werden Interessensgegensätze festgestellt zwischen den Ansprüchen von ArbeitnehmerInnen einerseits und den Bedürfnissen der zu betreuenden Kinder andererseits. Auch werden Polarisierungen zwischen MitarbeiterInnen mit unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Bedingungen erwartet.

Häufigere MitarbeiterInnenwechsel werden befürchtet wie auch die Gefahr einer geringer werdenden Identifikation der MitarbeiterInnen mit ihrer Organisation/Einrichtung vor dem Hintergrund sich verschlechternder Bedingungen (z.B. durch schlechtere Arbeitsverträge und Rahmenbedingungen für Honorarkräfte).

Eine Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen wird positiv mit einem Mehr an Vielfalt verbunden, allerdings auch mit Belastungen für die Organisation durch einen häufigeren Personalwechsel.

2.4.3. Betreuungsarbeit wird (wieder) weiblicher

Lediglich in einer Antwort wird festgestellt, dass sich „vermehrt Männer [...] in psychosoziale Berufe [wagen]. In den anderen kommt zum Ausdruck, dass der „Überhang der Frauen [...] noch deutlicher [wird]“, da sich immer weniger „männliche Sozialarbeiter“, „Sozialpädagogen“, männliche Betreuungspersonen bewerben würden. Dies offenbar trotz „des Bemühens der Ausbildungsgänge“ oder dem großen „Wunsch nach männlichen Kollegen in unterschiedlichen Bereichen“. In einer Antwort wird dieser Umstand konkret mit „niedrigem Einkommen“, „erhöhtem zeitlichen Arbeitseinsatz“ und „kargem Image“ in Verbindung gebracht, die Männer „meist abschrecken“.

2.4.4. Die Altersstruktur wird möglicherweise homogener

In drei der sechs Antworten wird eine Verschiebung in der Alterstruktur hin zu älteren MitarbeiterInnen festgestellt. Hier wird zum einen eine Gruppe von MitarbeiterInnen genannt, die in den 90er Jahren beim Aufbau neuer Dienste eingestiegen sei – andererseits wird die Zunahme älterer MitarbeiterInnen mit der schwierigen Arbeitsmarktsituation in Verbindung gebracht, die eher zu einem Verbleib im Betrieb motiviert. In zwei Antworten wird eine gegensätzliche Entwicklung beschrieben – das Alter der MitarbeiterInnen würde im Durchschnitt sinken – einerseits durch einige Neuaufnahmen, andererseits, da ältere MitarbeiterInnen zunehmend aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden und entweder ganz aussteigen oder sich in andere Bereiche hin orientieren würden. In einer Antwort wird letztendlich darauf hingewiesen, dass dies unterschiedlich sei, dass es jüngere und ältere Teams gäbe. Ein eindeutiger Trend lässt sich in Bezug auf die Altersstruktur nicht herauslesen, allerdings bleibt als Eindruck, dass möglicherweise die Altershomogenität steigt.

Eine festgestellte Verjüngung in der Altersstruktur wird ambivalent beschrieben, als Verlust von Erfahrung einerseits aber auch als Chance für Neues. In manchen Antworten wird aber auch sichtbar, dass es Probleme und Reibungsflächen im Miteinander von jüngeren und älteren MitarbeiterInnen geben kann: Etwa, wenn „altgediente, erfahrene MitarbeiterInnen“ damit konfrontiert werden, dass in die Leitungsfunktionen „junge Menschen mit geringer bis gar keiner Berufserfahrung“ aufrücken.

2.5. Neun Bundesländer – neun Jugendwohlfahrtsge- setze: Einschätzungen zur föderalistischen Struktur der Jugendwohlfahrt in Österreich

Da die unterschiedlichen Ausgestaltungen der Jugendwohlfahrt in den Bundesländern in den Antworten bei den bisherigen Befragungen immer wieder thematisiert wurden, sollte dieses Thema anhand einer offenen Frage noch einmal explizit angesprochen werden. Immerhin 38 TeilnehmerInnen haben diese Frage auch beantwortet. Die Antworten waren zum Teil sehr kurz und bündig, zum Teil auch etwas ausführlicher. Für einen ersten Überblick wurden die Antworten danach geordnet, ob in ihnen eine positive oder negative Einschätzung dieses Systems zum Ausdruck kommt. Da in mehr als der Hälfte der Antworten positive wie negative Aspekte angesprochen wurden, wurde als dritte Kategorie noch „positiv & negativ“ hinzugenommen.

Die Einschätzung der föderalistischen Struktur der Jugendwohlfahrt in Österreich ist entlang dieser Kategorien relativ gleichmäßig verteilt. Sie wird von elf TeilnehmerInnen positiv konnotiert, elf weitere halten sie für negativ und 14 der Befragten finden positive wie negative Aspekte. In zwei Antworten wird festgehalten, dass man dies nicht einschätzen könne bzw. zuwenig Einblick habe.

Differenziert man die Antworten entlang der Tätigkeitsbereiche, ergibt sich folgendes Bild:

Bewertung der föderalistischen Struktur der Jugendwohlfahrt				
Im unmittelbaren Jugendwohlfahrtsbereich	Positiv	Positiv & Negativ	Negativ	Keine Einschätzung
bei öffentlichen Trägern	3	6	3	1
bei freien Trägern	7	3	3	
selbständig			2	
Im Nahbereich	2	3	2	1

(n=38)

Auffällig dabei ist, dass die Einschätzung bei MitarbeiterInnen freier Träger etwas positiver ausfällt als bei den anderen Gruppen. Dass auf selbständiger Basis Tätige die föderalistische Struktur durchwegs eher negativ einschätzen kann ein Zufall sein, man könnte diesen Umstand allerdings auch als Indiz dafür nehmen, dass sie es ohne institutionellen Hintergrund und die damit verbundenen Ressourcen eher schwer haben.

Positiv hervorgehoben werden vor allem die Möglichkeiten, sich an regionale Gegebenheiten und Bedarfe anzupassen, regionale Lösungen zu entwickeln und adäquate Strukturen auszubilden. Dies unterstützt nach Einschätzung einiger Befragten auch Innovationen und eine relativ rasche Umsetzung von Projekten. Ohne föderalistische Strukturen seien manche „rasche“ Entwicklungen kaum vorstellbar und manchmal könnten Vorreiter auch beispielgebend für andere Bun-

desländer sein. Darüber hinaus werden die Überschaubarkeit, die bessere Vernetzung auf Landesebene und der unmittelbare Kontakt zu den obersten Jugendwohlfahrtsbehörden hervorgehoben.

Negativ betont wird vor allem der Umstand, dass Kinder und Jugendliche ungleich behandelt werden. Von Trägern, die in mehreren Bundesländern tätig sind wird moniert, dass bei bundesländerübergreifenden Aktivitäten ein relativ hoher Aufwand betrieben werden muss, um einerseits die unterschiedlichen Regelungen zu erfassen und dann diesen entsprechend zu agieren, was auch mit entsprechenden Kosten verbunden ist.

Mehrfach wird die „Verneunfachung“ von Normierungen kritisiert und auf das Fehlen einheitlicher Standards (z.B. in Bezug auf die Qualität) hingewiesen.

Ein Mehr an gemeinsamer Planung wird in einzelnen Antworten als nötig hervorgehoben, es wird mehr Überblick gefordert und eine Evaluation der Vor- bzw. Nachteile der jeweiligen Strukturen für sinnvoll erachtet.

Während so in einigen Antworten die föderalistische Struktur für die Entwicklung der Jugendwohlfahrt, ihrer Strukturen und Angebote als günstig angesehen wird, wird sie in anderen Antworten eher als blockierender oder bremsender Faktor gesehen. Deutlich wird, dass die Einschätzung sehr eng mit der jeweiligen Position bzw. Perspektive in der Jugendwohlfahrtslandschaft zusammenhängt und für manche Akteure eher Nachteile, für andere aber eher Vorteile bringt.

2.6. Die Verwaltungsstrukturen passen, so lange es nicht um Macht und Geld geht

Ein weiteres Thema, das in den bisherigen Frage immer wieder auftauchte und im Kontext struktureller Aspekte relevant ist, ist die Frage, wie die Jugendwohlfahrt in die Verwaltungsstruktur der jeweiligen Bundesländer eingepasst ist und wie weit dies als passend, funktionierend oder problematisch erlebt wird.

Wie bei den anderen Fragen auch sind die Antworten auf diese Frage relativ breit gestreut und reichen von „großartig“ bis „schlecht“. Auch wenn man die Bundesländer betrachtet, auf die sich die jeweiligen Antworten beziehen (sollten), ändert sich wenig an dieser Streuung. Dies kann als Indiz dafür gelesen werden, dass je nach Arbeitsbereich oder je nach Problemstellungen unterschiedliche Erfahrungen gemacht werden. In der Folge werden einige Aspekte hervorgehoben, die häufiger genannt wurden:

Eine Gruppe an Antworten hebt vor allem Unflexibilitäten hervor, die durch die gegebenen Strukturen verursacht werden. Ein zentraler Aspekt dabei sind finanzielle Fragen, wo z.B. ressortübergreifenden Lösungen zwischen Jugendwohlfahrt und Sozialhilfe nicht möglich sind.

Ein weiteres Thema, das häufiger auftaucht ist das „Hin- und Herschieben von KlientInnen“ zwischen Jugendwohlfahrt und Gesundheitsressort.

Mehrmals wird darauf verwiesen, dass eine bessere Kommunikation und Kooperation zwischen Jugendwohlfahrt und Schulabteilung nötig wäre.

Auch dass Jugend und Jugendwohlfahrt zu zwei verschiedenen Ressorts gehören, wird angeführt.

In einer Antwort wird die Zusammenarbeit zwischen Jugendwohlfahrt und PflEGschaftsgerichten als schwierig dargestellt.

Als eine Schwierigkeit wird in mehreren Antworten darauf Bezug genommen, dass Budgeterstellung und fachliche Verantwortung getrennt seien. Die fachlichen Aspekte scheinen hier gegenüber anderen Aspekten in den Hintergrund gedrängt zu sein.

Die Frage der Finanzierung von bzw. der Kosten für Jugendwohlfahrtsleistungen ist in einer Reihe von Antworten präsent.

In einzelnen Antworten wird auf Schwierigkeiten der aktuellen gesetzlichen Regelungen hingewiesen, die es z.B. schwierig oder unmöglich machen, für über 21-Jährige Unterstützungsmöglichkeiten zu finden, wenn solche benötigt würden. Als problematisch für manche Angebote wird auch die Trennung zwischen fall-spezifischen „Pflichtleistungen“ und fallunspezifischen „Förderungen“, wie sie in der Steiermark vorgesehen ist, angeführt.

Mehrere Antworten beziehen sich auf Fragen oder Probleme der Kompetenz- bzw. Aufgabenaufteilung zwischen Landes- und Bezirksebene. In mehreren Antworten wird auch die Zuordnung der Jugendwohlfahrt zu verschiedenen politischen Ressortverantwortlichen als problematisch angeführt.

In anderen Antworten wird zwar festgestellt, dass manche gewachsene Strukturen für Veränderungen nicht unbedingt hilfreich aber auch nicht blockierend seien, sodass dennoch Einiges/Vieles möglich sei. In einer Antwort wird auch darauf hingewiesen, dass Diskussionen zwischen verschiedenen Ressorts durchaus be-

fruchtend sein können – wenn nicht Abgrenzung und Machterhalt im Vordergrund stehen.

Grundsätzlich klingt in vielen Antworten durch, dass ein Mehr an Zusammenarbeit bzw. eine bessere Kommunikation und Kooperation gewünscht würden. Wenn das gemeinsame Suchen nach Lösungen im Vordergrund stehen würde, dann seien Aufteilungen und Zuständigkeiten nicht das Problem.

3. Schlussfolgerungen

Die Befragung, die verschiedene Ebenen angesprochen hat, hat eine Fülle an zum Teil sehr unterschiedlichen Erfahrungen, Einschätzungen und Eindrücken gebracht. Die Antworten waren nur zum Teil systematisierbar und auch die quantitativ orientierten Teile erheben nicht den Anspruch, ein repräsentatives Bild darzustellen.

Sehr wohl aber ergeben sich aus den Antworten eine Vielzahl an Hinweisen auf mögliche Entwicklungen, wo es sich lohnen würden, genauer hinzuschauen und einzelnen Themen weiter nachzugehen.

In einem ersten Aufriss entspricht das Bild dem Eindruck, den die JU-Quest-Befragung 2005 erbrachte. Es hat sich viel getan, die Jugendwohlfahrtslandschaft hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt und ausdifferenziert. Derzeit ist diese Entwicklung vor allem aus finanziellen Gründen aber stark gebremst bzw. ins Stocken geraten. Ob dies nun – eher positiv konnotiert – als Konsolidierung anzusehen ist oder – eher negativ konnotiert – als Stagnation wenn nicht Rückschritt, wäre ein spannendes Diskussionsthema.

Als zentrale Themen für weitere Diskussionen fallen in dieser Befragung vor allem zwei Diskrepanzen auf:

- Die Zielsetzung von Veränderungen der Organisationsstrukturen wird positiv gesehen, die Umsetzung eher negativ.

In Bezug auf die Veränderungen von Organisationsstrukturen in der Jugendwohlfahrt aber auch in den angrenzenden Bereichen wird recht deutlich sichtbar, dass hier viel Energie darin investiert wird, mehr Klarheit und Transparenz zu schaffen und effizientere Strukturen zu entwickeln. Die Zielsetzungen der organisatorischen Veränderungen werden auch in der Regel sehr positiv konnotiert.

Deutlich negativ konnotiert wird andererseits die Art der Umsetzung, die als demotivierend, verunsichernd, ängstigend und zum Teil entwertend erlebt wird.

Angesprochen wird in mehreren Antworten in diesem Kontext eine Veränderung gegenüber der Praxis in den 90er Jahren. Eine Orientierung auf eine starke Einbindung – vor allem auch des mittleren Managements – in Entwicklungs-, Planungs- und Entscheidungsprozesse wird von einer zunehmenden top-down-Orientierung abgelöst. Manche Antworten legen zumindest den Eindruck nahe, dass eine in Wirtschaft und Politik schon länger feststellbare „Managementkultur“ zunehmend auch den Sozialbereich erobert.

- Ein zweites wegen seiner sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen auffallendes Thema ist die Frage nach dem Verhältnis von öffentlichen zu freien Trägern.

Von Seiten der öffentlichen Träger wird in der Regel festgestellt, das Verhältnis sei partnerschaftlicher oder kooperativer geworden und es werde versucht, die freien Träger stärker als früher einzubinden. Auch habe sich der Fokus von der Fachaufsicht und dem Aufzeigen von Missständen deutlich in die Richtung eines gemeinsamen Bemühens um Qualität verschoben.

Demgegenüber wird von Seiten der freien Träger der Schwerpunkt deutlich auf die finanziellen Einschränkungen, die Einschränkungen in ihren Gestal-

tungsmöglichkeiten und eine Zunahme an Kontrolle gelegt.

In engem Zusammenhang damit stehen die Fragen, wie weit einerseits die freien Träger zu „bloßen Dienstleistern“ für die öffentliche Jugendwohlfahrt werden und wie weit andererseits angesichts finanzieller Engpässe und Planungsnotwendigkeiten die Steuerungsmöglichkeiten der öffentlichen Träger gehen.

Vermutet werden kann, dass die Frage des Verhältnisses von öffentlichen und freien Trägern angesichts der derzeitigen Versuche zur Reduktion von öffentlichen Ausgaben und Aufgaben und der Suche nach neuen Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Verwaltung eine zunehmende Brisanz gewinnt.

Was die konkreten Anforderungen an die Fachkräfte der Jugendwohlfahrt betrifft so ergeben sich aus den Antworten verschiedene Hinweise:

Es gibt eine Vielzahl an neuen Herausforderungen, wobei vor allem vier herausstechen:

- Zum ersten wird sehr häufig auf eine zunehmende Dominanz der Themen Gewalt und Aggression verwiesen sowie auf eine Zunahme der KlientInnen, die im weitesten Sinne in einen psychiatrischen Kontext gestellt werden können. Hier werden auch zunehmend neue Kooperationen mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie notwendig. Die Antworten vermitteln den Eindruck einer starken Häufung von psychiatrisch relevanten Problemstellungen. Wenn dies zutreffen sollte – was zu überprüfen wäre – dann erschiene es sinnvoll, sich damit zu beschäftigen, woraus dieser Anstieg resultieren könnte.
- Zum zweiten erhält in den Antworten das Thema „Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund“ und die Anforderungen, die damit verbunden sind, ein sehr deutliches Gewicht. In einzelnen Antworten wird formuliert, dass sich die Jugendwohlfahrt diesem Thema noch viel zu wenig stellt und in anderen kommt sehr deutlich zum Ausdruck, mit welchen Schwierigkeiten die Fachkräfte in der Jugendwohlfahrt in diesem Zusammenhang konfrontiert sind.
- Als dritte Herausforderung finden sich in vielen Antworten zu einzelnen Fragen Probleme im Kontext von Schule. Neue Angebote von Schulsozialarbeit werden etabliert, Schulverweigerung ist ein häufig genanntes Problem, Angebote für schulverwiesene Kinder und Jugendliche werden gemacht, Einrichtungen müssen sich zunehmend mit Schulschwierigkeiten beschäftigen und es wird formuliert, dass an die Jugendwohlfahrt zunehmend die Forderung gerichtet wird, einen Erziehungs- und Kontrollauftrag zu übernehmen, den eigentlich die Schule hätte. In Bezug auf Veränderungen in Kommunikations- und Kooperationsstrukturen tauchen die Schulen und Schulbehörden immer wieder auf und auch in Bezug auf die Verwaltungsstrukturen wird die zunehmende Notwendigkeit der Zusammenarbeit formuliert.
- Die in einigen Antworten formulierte Zunahme an „KlientInnen aus der Mittelschicht“ erscheint zumindest überprüfenswert, inwieweit sich darin – wenn die Tendenz zutreffend sein sollte – gesellschaftliche Veränderungen widerspiegeln.

Während auf der einen Seite also eine Reihe an Herausforderungen steht, steht auf der anderen Seite eine Tendenz zur Einschränkung von Ressourcen, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und ein zunehmender Druck auf verschiedensten Ebenen.

- Diskussionswürdig erscheint angesichts der von manchen in den Raum gestellten Tendenzen einer zunehmenden Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen in der Jugendwohlfahrt auch die Frage, welche Rahmenbedingungen und Strukturen Soziale Arbeit braucht, um den vielfältigen Anforderungen gerecht werden zu können.

Letztendlich ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass sowohl in Bezug auf die föderalistische Struktur als auch in Bezug auf die jeweiligen Verwaltungsstrukturen positive wie negative Aspekte zu diskutieren wären. Auch wenn das Problem weniger in den Strukturen gesehen wird, deuten die Formulierungen doch darauf hin, dass in vielen Aspekten ein Mangel an konstruktiver Auseinandersetzung und gemeinsamer Anstrengungen bzw. ein Zuviel an Abgrenzung empfunden wird, das vor allem in Verbindung mit Macht einerseits und knappen Ressourcen andererseits gebracht wird.

Insgesamt bleibt der Eindruck, dass gerade auch in Bezug auf strukturelle Fragen viele Themen im Raum stehen, die zu bearbeiten spannend, interessant und lohnend wäre.

Anhang

Das Projekt JU-Quest: eine Kurzinformation



Auf Initiative des Fachbereichs Pädagogik von SOS-Kinderdorf Österreich hat sich am 5./6. Juni 2002 in Eugendorf eine Gruppe von Fachleuten aus unterschiedlichen jugendwohlfahrtsrelevanten Arbeitsfeldern getroffen und ein neues Projekt aus der Taufe gehoben.

Mit „JU-Quest“ – so der gemeinsam gefundene Name – soll das Medium Internet genutzt werden, um

- ein neues Forum für die fachliche Diskussion über die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung der Jugendwohlfahrt in Österreich zu schaffen
- eine intensivere Vernetzung der mit Jugendwohlfahrtsfragen befassten Fachleute zu ermöglichen und
- längerfristig eine umfangreiche Wissensbasis zu Jugendwohlfahrtsfragen aufzubauen.

Regelmäßig über das Internet durchgeführte ExpertInnen-Befragungen stellen die Grundlage für einen Überblick, welche Entwicklungen und Trends die gegenwärtige Situation der österreichischen Jugendwohlfahrt bestimmen und für die nähere Zukunft relevant sein werden, dar. Die Ergebnisse werden auf einer eigenen Homepage veröffentlicht. Derzeit ist geplant, ein Mal pro Jahr eine Befragung durchzuführen und den TeilnehmerInnenkreis im Schneeballsystem kontinuierlich zu erweitern.

Ebenso ein Mal pro Jahr findet eine ExpertInnen-Konferenz statt, die Raum geben soll für eine intensivere Auseinandersetzung und das Knüpfen persönlicher Kontakte.

Für den Inhalt verantwortlich ist eine Steuerungsgruppe, die sich derzeit zusammensetzt aus:

- Dr. Andrea Holz-Dahrenstaedt, Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg
- Dr. Brigitta Beghella, Psychologin und Psychotherapeutin, Salzburg
- Mag. Werner Kapferer, Institut für Sozialpädagogik Stams (ab 2007)
- Dr. Werner Leixnering, Oö Landesnervenklinik Wagner-Jauregg Linz
- Gerhard Mitter, Pro Juventute, Salzburg
- Dr. Christian Posch, SOS-Kinderdorf/Fachbereich Pädagogik, Innsbruck
- Univ.-Prof. Dr. Josef Scheipl, Institut für Bildungs- und Erziehungswissenschaft der Karl-Franzens-Universität Graz
- DSA Herbert Siegrist, Arbeitskreis Noah, Strengberg und Wien
- Univ.-Prof. Dr. Stephan Sting, Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung der Universität Klagenfurt

- Dr. Silvia Zabernigg, Pflegekinderdienst des Vorarlberger Kinderdorfes in Feldkirch

An der Planung der Befragung und der ExpertInnen-Konferenz 2006 mitgearbeitet haben darüber hinaus

- Dorothea Klampfl MAS, Stadt Graz/Jugendwohlfahrtsplanung und Qualitätsmanagement
- Dr. Hedwig Träger, Institut für Sozialpädagogik in Stams

die mit Jahresende 2006 aus der Steuerungsgruppe ausgeschieden sind.

Detailliertere Informationen gibt es auf der Web-Site des Projektes unter:

<http://www.ju-quest.at>

Zum aktuellen Stand:

- Seit dem Projektstart im Sommer 2002 wurden fünf Befragungen durchgeführt und vier ExpertInnenkonferenzen organisiert.
- Auf der Web-Site von JU-Quest finden sich die Berichte über die bisher durchgeführten Befragungen und zwei Manuskripte von Vorträgen, die im Rahmen der Konferenzen gehalten wurden.
- Darüber hinaus präsentiert sich auf der Web-Site von JU-Quest das Partnerprojekt JuRE, das sich mit rechtlichen Fragen der Jugendwohlfahrt auseinandersetzt.
- Derzeit ist die Steuerungsgruppe damit beschäftigt, die Zielsetzungen des Projektes noch einmal zu schärfen und kleinere „Nachjustierungen“ vorzunehmen. Für 2007 ist auf jeden Fall wieder eine Befragung und eine Konferenz geplant.